

pM
BLogbuch I
Frühjahr 2025

Januar 2025

06.01.

Faschistische Katz – *antifaschistische* Katz: Hauptsache, die Katze fängt Mäuse? Einen („westlichen“) Kapitalismus verteidigen, den die Bourgeoisie aufgegeben hat, um sich der orientalischen Despotie zu unterwerfen, wäre ein schlechter Witz! Dann gäbe es nur: Back to Paris Commune 1871!?

08.01.

Trump denkt ganz in der Art von Ritterromanen: er will sich auf seine Festung USA zurückziehen und klärt schon mal im Vorfeld, wie sich die ritterliche Burg, auf die er den Angriff seines Feindes erwartet, am besten verteidigen läßt – wozu gehört, daß er meint Grönland kaufen zu sollen!

Vielleicht ist der Rückschuß von der Politischen Ökonomie zur Politik und umgekehrt auch deshalb nicht so einfach möglich, weil beides einer Eigengesetzlichkeit unterliegt, durch die das verhindert wird?!

Computer: Denkmaschinen, aber keine ‚Maschinen‘ zur Produktion von bisher nicht Gedachtem. Sie können nur alles bisher Gedachte in infinitum miteinander kombinieren und reproduzieren, aber niemals einen bis dato ungedachten Gedanken *produzieren*, der in einem qualitativen Sprung über alles bisher Gedachte hinausreicht.

Connections: Die ‚linken‘ Connections laufen über politische Beziehungen zueinander und gegeneinander, die rechten über Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und persönliche Abhängigkeiten auf politische und sonstige Geschäfte hinaus. Die einen führen zur persönlichen Bereicherung mithilfe von Staat und Parteien, die anderen dazu, über private und öffentliche Geldgeber das Kapital zu reproduzieren und den Mehrwert zu produzieren und dadurch größeren Einfluß auf die Regierung zu gewinnen.

10.01.

FAZ MUSK UND WEIDEL Wie Deutschland in Trumps Welt integriert werden soll. (10.01.)

Die Irritationen, die Weidel mit dem ‚System‘ hat, sind auch für jenen Teil der Deutschen maßgebend, deren Anti-Amerikanismus auch noch von einem Hitler-Gegner nachvollzogen werden könnte. Das ist der Knackpunkt, an dem die Trumpistischen Nazis – Weidel als Musterfall – zu packen wären. Nur, damit das überhaupt geschieht, müßte die Anti-Nazi-Systemfeindschaft erstmal von Stalins Antifa (= System-Konkurrenz zwischen dem deutschen Faschismus *und* dem sowjetischem ‚Anti‘-Faschismus) *befreit* werden!

Putins Krieg als ein Moment dieses bevorstehenden ‚Befreiungskampfes‘, (vgl. BLogbuch III Herbst 2024) als Basis!

Wenn Weidel ausgehend von ihren bisherigen den USA gegenüber eingenommenen Nazi-Positionen explizit werden müßte, würde dies, ähnlich wie bei Trump, früher oder später Probleme mit Putin aufwerfen. Putins Toleranz dem deutschen Faschismus und deutschen Nazis gegenüber ist von dem Grad ihrer Annäherung an Hitler abhängig. Grundsätzlich sind das Widersprüche zwischen Faschisten, was auch Putin offiziell immer weniger gefallen würde...

11.01.

Während Weidel in ihrem Gespräch (auf X) mit Elon Musk laut FAZ (10.01.) auf dessen These, »**Hitler als rechts abzustempeln**«, sei »**ein Coup der Linken gewesen; in Wirklichkeit**« sei er »**mit seinen Verstaatlichungen und seiner Bekämpfung der Meinungsfreiheit ein Kommunist gewesen**«, nicht eingeht, rennt sie mit ihrem Argument, die AfD sei »**eine „libertäre konservative Partei“, die es auf Minimierung des Staats und unabhängiges Denken absehe**«, bei Musk offene Türen ein... – als ob die Trumpisten mit Weidels libertär- konservativen Bekenntnissen irgendwelche Probleme hätten! –, während sie mit Musks gegen die US-Linke gerichteten Schlußfolgerungen, Hitler sei »**in Wirklichkeit ... Kommunist**« gewesen, nicht allzu viel anzufangen weiß. Stattdessen reden beide daran vorbei, daß die Deutschen keine Partei – auch die AfD nicht – und dies schon gar nicht nach Musks und Trumps erpresserischer Aufforderung, ebendies zu tun, wählen werden, bei der das Politische und das Soziale nicht wie beim National-Sozialismus absolut deckungsgleich sind! Von daher ist für Musk und Weidel jeweils auf ihre Weise klar, daß für den deutschen Wähler Dinge wie

»**Verstaatlichungen**« oder »**Bekämpfung der Meinungsfreiheit**« mit Ausnahme der sog. ‚persönlichen freien Meinungsäußerung‘ des deutschen Spießers relativ bedeutungslos sind.

Vor allem aber kann oder will Weidel nicht verstehen, daß für Musk sowohl der Kommunismus als auch der Faschismus wegen der Einschränkung der unternehmerischen Freiheit und des ‚freien Spiels der Kräfte‘ mit einem entweder von der Linken oder vom Faschismus beherrschten Staat einhergehen würden, wobei die unternehmerische Freiheit und Gedankenfreiheit »**durch Verstaatlichungen**« und »**Bekämpfung der Meinungsfreiheit**« eingeschränkt werden – eine Vorgehensweise, die zweifellos auch von den ‚Kommunisten‘ praktiziert wird –, woraus Musk den Schluß zieht: weil Verstaatlichung = Kommunismus, auch eine Politik der Linken ist, und weil linke Verstaatlichungen = Verstaatlichungen à la Hitler sind, erlaube das für Musk den Umkehrschluß, daß »**Hitler**« nicht, wie die Linke behauptet »**rechts**«, sondern »**ein Kommunist gewesen**« sei.

Von daher lassen sich die sozialistischen Wurzeln des deutschen National-Sozialismus bis zu Ferdinand Lassalle (und dessen enge Beziehungen zu Bismarck) zurückverfolgen. Und obwohl Marx‘ persönliche Beziehungen zu Lassalle (aus diesem Grund) zerbrach, hat es bis zum Gothaer Parteitag (1875) gedauert, daß Marx den offenen Bruch mit dem Lassalleismus vollzogen hat...

12.01.

Lektüren:

Ilko-Sascha Kowalcuk, Walter Ulbricht II (1945-1973). Der kommunistische Diktator:

(98) Walter Ulbricht operiert wie ein original stalinscher GenSek, indem er auf dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik Stalins Vorbild folgend die wichtigsten Gewerkschaftspositionen mit seinen Leuten von der KPD besetzt und die Kooperation von Gewerkschaft und Betriebsrat ‚organisiert‘. KPD und Gewerkschaften sollen als angeblich gleichberechtigte Partner auftreten und dabei eine friedenssichernde Funktion einnehmen, da nur die KPD den künftigen Krieg verhindern können.

(99) In der von Ulbricht Ende Juli 1945 in Halle gehaltenen Rede über die Position der KPD zur Gewerkschaftsfrage, (vgl. *Ulbricht II*, 769 Fn. 400: **Neue Aufgaben der freien Gewerkschaften**), erklärt dieser: wenn »...die KPD von „neuen freien Gewerkschaften (spreche)«, dann weil darin »nicht nur mit reaktionären Ideologien gebrochen« werde, »sondern auch, weil ihnen im

neuen Staat ... als gleichberechtigter Partner mit entsprechenden Befugnissen... eine völlig neue Funktion zugewiesen« werden wird, indem zukünftig „die wichtigsten Funktionen, Vorsitzende oder Sekretäre von Kommunisten besetzt werden“ (a.a.O., 769 Fn. 398).

(100) Darüber hinaus wird durch die Verbindung von »**Frieden, Antifaschismus und Sozialaufstieg**« und den Grundsätzen »**kommunistischer Zukunftsversprechen**« von Ulbricht erklärt, »**warum die Schließung der Banken, das Verbot von Unternehmerorganisationen oder die Enteignung der Großgrundbesitzer alternativlos seien. „Die Organisation ist die stärkste Waffe der Arbeiterklasse“**« (ebenda). Deshalb setze die »**Gewerkschaft als Massenorganisation ...die sozialen Interessen der ‚Klasse für sich‘** durch, während die Avantgarde der Arbeiterklasse, die ‚**Partei neuen Typus**‘, den politischen Rahmen schafft, um die Sozialpolitik dauerhaft zu sichern. Das war Ulrichts Vorstellung von der demokratischen Legitimierung, im theoretischen Kern eine ‚**Diktatur der Mehrheit**‘.

...und wenn wir diesen Gedankengang fortspinnen: ein Widerspruch in sich, von dem der traurige Entwicklungsweg der deutschen Arbeiterbewegung, ausgehend von Ferdinand Lassalle über Stalin und Hitler zu Ulbricht, bestimmt war, für dessen Aufhebung die Hinweise d.A.s auf Locke, Rousseau, Tocqueville dem Leser vielleicht den erhofften Seelenfrieden spenden mögen, die jedoch so gut wie nichts zur Aufhebung der genannten Widersprüche und zur Beseitigung der dadurch erzeugten Probleme, beitragen werden.

Und: als ob nach Stalins Hitler-Pakt mit der Ulrichtschen (d.h. Stalinschen) KPD bei der deutschen Arbeiterklasse noch irgendein Blumentopf zu gewinnen gewesen wäre! Wobei die vom Autor zitierten Theoretiker der ‚westlichen‘ Demokratie kaum mehr als individuellen Trost zu spenden vermögen. Diese Story müßte, um diesen Widerspruch endlich zu knacken, von vornherein gegen den Strich gebürstet werden!

(103) »**Ulbricht war zwar nicht als sowjetischer Offizier nach Deutschland zurückgekehrt, aber er bewegte sich in Feindesland, was für die Nachkriegszeit nachvollziehbar war. Daraus erwuchs ein handfestestes Problem**«, nämlich das Land für die Besatzungsmacht so zu regieren als müßten Ulbricht und Genossen »**einen übermächtigen Gegner bezwingen und in Schach halten**«. Dazu wäre von Ulbricht der Beweis zu erbringen gewesen, daß auch seine Leute denen, die sie zu regieren hatten, vertraut und als könnte den Vertretern der Ulrichtschen SED, denen vonseiten der Besatzungsmacht vertraut wurde, ebenfalls vertraut werden. Ein

Mißverhältnis, das durch Wahlen, von denen so gut wie jeder wußte, daß sie gefälscht waren, rein optisch hatte beseitigt werden sollen.

(104) Das erlaube für Kowalczuk nur einen Schluß: **»Die SBZ war nachkriegsbedingt - wie auch die Westzonen - gar nicht anders als diktatorisch zu regieren.«**

Genau das! Ein Besetzungsregime ist ein Besetzungsregime und die von ihm Besetzten sind von Natur aus nicht anders als **»diktatorisch zu regieren«!** Die Diktatur des Proletariats ist ebenfalls **»diktatorisch«**, war aber keine Besatzungsherrschaft gewesen (...als welche sie höchstens von der Bourgeoisie so bezeichnet wurde!). Die einzelnen Besatzer waren aber auch keine ‚Freunde‘, wie sie von der Bevölkerung ironisch bezeichnet wurden. Aber da bei solchen Bezeichnungen nun mal jeder von ihrem Gegenteil ausging, hätte aus der Besatzungsherrschaft auch keine Diktatur des *Proletariats* werden können!

»Während im Westen« aber das Besetzungsregime **»in einem mehrstufigen Prozeß relativ rasch in parlamentarische Bahnen umgelenkt werden konnte, weil dies dem Erfahrungshaushalt [sic!] der Westalliierten entsprang, wurde genau aus ähnlichen Gründen bei der sowjetischen Besatzungsmacht die temporär nötige Nachkriegsdiktatur über Umwege, aber letztlich zielstrebig in eine auf Dauer angelegte Diktatur überführt.«**

Oder in eine **»auf Dauer angelegte«** Besatzungsherrschaft! Wer diesen sich als naheliegend ergebenden Schluß zog, setzte sich zwangsläufig dem Verdacht aus, ein Nazi zu sein und das Besetzungsregime, das keines mehr sein durfte, als genau das beseitigen zu wollen. (Die strafrechtliche Verfolgung sogenannter ‚Gedankenverbrechen‘ ist in der Russischen Föderation seit Putins Machtantritt zu neuem Leben erweckt worden. Darauf steht heute immer häufiger Lagerhaft (und im ‚wieder‘vereinigten Deutschland die moralische ‚Hinrichtung‘ verbunden mit den entsprechenden sozialen Konsequenzen)! Die westlichen Besatzungsmächte hatten den Deutschen, ob Nazi, Nichtnazi oder Antinazi, die ihnen in homöopathischen Dosen zu verabreichende ‚westliche‘ Demokratie ans Herz gelegt, wobei sie davon ausgingen, daß die Deutschen ihre frisch gewonnene Freiheit nicht als Chance benutzen werden, einen Nachfolger Hitlers zum Bundeskanzler zu wählen. (Daß dies ein freundlicherweise angenommener Irrtum gewesen ist, wird von den aktuellen Wahlergebnissen zugunsten des rechten und linken Putinismus aber leider bestätigt!).

»Die Idee einer egalitären, für alle gleichermaßen sozial und kulturell erfüllenden Welt war, so Ulbrichts fester Glaube, nur zu haben durch die Hintertür einer Diktatur.«

Nur, was für einer? Besatzungsdiktatur oder Diktatur des Proletariats...? Der Unterschied mußte unberücksichtigt bleiben, weil die Diktatur des Proletariats hier nicht zur Diskussion stand.

»Den Neuaufbau, der sich im Vergleich mit den Westzonen radikal ausnahm, verglichen mit den theoretischen Ansprüchen der Kommunisten jedoch zaghaft und schrittweise erfolgte, konnte Ulbricht angesichts der nationalsozialistischen Hinterlassenschaften jederzeit leicht rechtfertigen, ohne grundsätzlichen Widerspruch zu ernten.

[!!!] Weil diese „**Ansprüche**“ selbst für „**Kommunisten**“ jenseits verbaler Beteuerungen nicht zur Debatte standen.

(105) **»Er verlangte, daß die Gewerkschaften das neue Finanz- und Wirtschaftssystem unterstützten: „Vom Standpunkt der Zukunft unseres Volkes und der Nation kann man keinen anderen Weg gehen.“.«** (770, 423. W.U.: „Durch Einheit und Demokratie zum Neuaufbau Deutschlands‘. Kundgebung im Bunawerk in Schkopau, 11.12.1945.) **»Ganz klar erteilte er Gewerkschaftsfunktionären eine Absage, die auf die Unabhängigkeit der Organisation setzten und glaubten, Gewerkschaften seien überparteilich.«** Vielmehr hätten die Arbeiter dadurch auf die „**Vertretung ihrer eigenen Klasseninteressen**“ verzichten sollen, weil diese durch den (künftigen) SED-Staat verkörpert werde. Für Ulbricht bedeutete „**Politische Neutralität und Unabhängigkeit**“ zu fordern dagegen nichts anderes als zu „**kapitulieren**“ und sich „**gewissen reaktionären Kreisen**“ anzupassen. **»Die Gewerkschaften vertraten und artikulierten«**, so Ulbricht, **»Arbeiterinteressen, die Partei setze sie im Staat durch.«** (ebd.)

Eine „bemerkenswerte“ Arbeitsteilung! Auf ähnliche Weise mag das bereits Ferdinand Lassalle vorgeschwungen haben – nur daß das Bismarckische Preußentum auf Lassalles Weg in den Sozialismus „sozial“ noch nicht so weit „fortgeschritten“ war wie die spätere neu-preußische DDR.

Fazit: Der große Vorzug von Kowalczuks zweibändiger Ulbricht-Biographie besteht vor allem darin, daß d.A. nicht vorhat, den sowjetischen Sozialismus und dessen kriegsbedingte Expansion in ganz Osteuropa, so auch der SBZ an **»den leninistischen Theorien und der sowjetischen Praxis«** zu messen, sondern daß er dieses Exportprodukt des großrussischen Sozialimperialismus an seinen Realisierungsmöglichkeiten durch die „östliche“ Besatzungsmacht darstellt, d.h. Ranke folgend, zu „erzählen, was war“. Dadurch läßt sich Ulrichts politische Entwicklung im Verlauf seines Lebens als mustergültiger Stalinscher „Kommunist“ unabhängig von den durch die frühere Sowjetunion und von den vom heutigen Rußland Putins erhobenen Ansprüchen und Forderungen relativ

ungezwungen und unbefangen quellen- und faktenorientiert erzählen. Eine unter heutigen Verhältnisse nicht allzu häufig vorkommende Perspektive, ...die von heutigen ‚Marxisten‘ unter allen Umständen als ‚unwissenschaftlich‘ ge-
cancelt wird, damit erst gar keiner auf die Idee käme, den dem sowjetischen Sozialismus zugrundeliegenden reaktionären Charakter zu analysieren und dabei vielleicht sogar noch auf dessen konterrevolutionären Charakter zu stoßen!

Wenn beispielsweise die Herausgeber von unedierten Marx-Texten diese mit einem wissenschaftlichen Kommentar versehen veröffentlichen, ist das gut und nicht schlecht. Allerdings nur soweit dabei ähnlich wie hier mit der Ulbricht-Biographie vorgegangen wird: also in erster Linie historisch und philologisch. Das muß erst dann fragwürdig werden, wenn Philologie und Politik nicht mehr eindeutig voneinander getrennt bleiben, was aber bei Marx-Texten, im Falle starker politischer Aktualität, aber nicht immer ganz zu vermeiden ist. Die Verbindung von Theorie und Praxis haben die Leser herzustellen, ohne sich in die Marx-Philologie oder den ‚Marxismus‘ zu verirren, – ein Begriff, den Marx für sich selbst bekanntlich abgelehnt hat, weil er nicht zum Propheten hätte werden wollen. In Verbindung mit dem ‚Marxismus‘ werden Inhalt und Aktualität Marxscher Texte aber häufig („marxistisch“) banalisiert, wahrscheinlich, wie das bei einer ‚marxistisch-leninistisch‘ inspirierten Ulbricht-Biographie gewiß auch der Fall wäre.

14.01.

Für die parteiMarx sind Popperianer ein zweischneidiges Schwert, weil sie es sich schenken, zwischen dem Marxschen Kommunismus und dessen allzu menschlich-menschenfeindlicher Version, dem ‚Marxismus‘, einen Unterschied zu sehen. Für sie ist der Marxsche und der Stalinsche Kommunismus ein und dasselbe, die mit derselben Waffe zu schlagen sind. Die Popperianer ignorieren dabei völlig, welch großen Vorteil sie dem Stalinschen Kommunismus dadurch verschaffen: nicht zuletzt an Legitimität. Die ‚östlichen‘ Stalin-Gegner wiederum ignorieren, soweit sie jedenfalls Popper zu folgen meinen, den positiv zersetzenden Charakter der ‚68er‘ Kulturrevolution, obwohl ihnen klar sein müßte, daß sie sich dadurch zwangsläufig ihren Feinden, an deren Spitze die Springer-Presse, annähern. Springers Anti-‘Kommunismus‘ ähnelt demjenigen Poppers und ist nicht allein aus diesem Grund ein zweischneidiges Schwert, mit dem wild um sich geschlagen wird.

Vor allem deshalb haben die I. und II. Internationale wegen des zwiespältigen Charakters ihrer Politik dem Dadaismus eine politische Bedeutung verschafft. Dada und Sozialdemokratie ähnelten sich in dem, was sie aus der strangulierten und vergewaltigten ‚östlichen‘ Demokratie für den ‚westlichen‘ Sozialismus herüber retten wollten: seinem kleinkarierten Anti-Kapitalismus. Kowalczuks Kritik am ‚östlichen‘ autokratischen Kommunismus hat, soweit unterschwellig gegen die ‚68er‘ Kulturrevolution gerichtet, durchaus etwas von besagtem ‚östlichen‘ Spießertum an sich, worin der autokratische Spießer à la Ulbricht sich voller Stolz bestätigt findet. Von der SED im ‚Westen‘ gefördert, wurde diese in der DDR konsequent bekämpft und von der Stasi politisch vernichtet. Dada und Hitlers Auschwitz, eine ausnahmsweise einmal nicht (v)erlogene Antithese!

Außerdem richtete sich der ‚68er‘ Dada zunächst gar nicht primär gegen den post-faschistischen deutschen Spießerkult, sondern *politisch* gegen den Vietnamkrieg der USA und erst danach gegen die autoritäre ‚west‘-deutsche Demokratie, die in ihrem (christlich-demokratischen) Adenauerschen Kern anti-‘westlich’ geblieben war und dies unbedingt auch bleiben wollte: nämlich zutiefst den eigenen ständischen Verhaltens- und Verfahrensweisen verhaftet, die nun mal im (keineswegs völlig) untergegangenen Preußentum drinstecken. (Der preußische Staat wurde auf Befehl der Alliierten am 25.02.1947 liquidiert und jedenfalls nicht revolutionär gestürzt...! Wenn, dann hätte das bereits 1918 geschehen müssen, was die Reichswehr gewaltsam zu verhindern wußte. Vielmehr bildeten das nicht gestürzte Preußentum und der aus dem Wiener Sumpf aufsteigende Hitler-Faschismus als Antwort der deutschen Bourgeoisie auf die Oktoberrevolution miteinander eine strategische Allianz.)

Poppers Hegel-Kritik ist auch deshalb so überaus engstirnig, weil darin ignoriert wird, daß die abendländische Metaphysik von Hegel nicht einfach negiert oder wie von Kant in die ‚reine Vernunft‘ kritisch aufgelöst und zu einer rationalistischen Metaphysik verabsolutiert wird, sondern weil von Hegel jegliche Metaphysik durch ihre eigenen Widersprüche und damit durch sich selbst ad absurdum geführt und eine *tabula rasa* geschaffen wird, die er jedoch nicht als Fortsetzungsgeschichte von 1789 mit den dazu passenden revolutionären Inhalten weder füllen will, noch kann oder darf. Die Restbestände der Hegelschen nicht aufgehobenen Metaphysik gehören heute zu den Marotten ‚westlichen‘ Denkens, die vom Kantischen Idealismus eingeheght, aber nicht aufgehoben werden: Die ‚Revolution der Denkart‘, die in

Gestalt des Humeschen Skeptizismus gegen die Voraussetzungen und die Möglichkeit (oder Gefahr?) der Einführung einer revolutionären Denkweise in der Nachfolge von 1789 gerichtet ist, wird in der Marxschen revolutionären Theorie nicht mehr ausschließlich philosophisch, sondern praxisorientiert, antimetaphysisch, und dialektisch aufgehoben – zu viel auf einmal für einen (Bourgeois-)Idealisten! Mag sein, daß das Pushen von Dada und von Hinterlassenschaften der Kommunistischen Internationale den anti-‘westlichen’ Destabilisierungsversuchen der Stasi entgegenkamen; aber viele ihrer Feuerwerkskörper waren noch in den eigenen Händen zerknallt, was sehr schmerhaft sein kann... (Reichlich versponnen das ganze, aber ein wichtiger Punkt, hinter den nicht zurückgegangen wird...!)

15.01.

Trump verlangt ein Maximum an Freiheit für das oligarchische Kapital! Alles andere interessiert ihn nicht! Die politische Freiheit dürfe vor allem nicht dazu mißbraucht werden, die eigene (oligarchische) Freiheit einzuschränken, wie das die Gegner (oder Feinde) von Kapital und Freiheit vorhaben und sich dabei ständig zu viel ‚rausnehmen‘, sondern Trumps Devise lautet: ‚Freie Bahn dem Tüchtigen!‘

Als *worst case* ließe sich ausmalen: Scholz gewinnt die BT-Wahl und setzt RRG einfach fort – und dann putscht Die Rechten...!?

16.01.

Wir leben nicht mehr im 13. Jahrhundert. Über die Demokratie läßt sich, wenn die Diktatur des Proletariats nicht in sie einbezogen wird – aber wie ließe sie sich ernsthaft ausschließen!? – heute nur noch in Verbindung mit der proletarischen Revolution ein ‚gerechtes‘ Urteil fällen („ge-recht“ = zutreffend); und schon gar nicht, wenn die – oder gerade dann nicht, wenn die faschistische bzw. ‚sozialistische‘ Entartung der Demokratie nicht Thema sind. Heute muß oder kann über das Wesen der Demokratie nicht geurteilt werden, wenn nicht zugleich deren ‚sozialistische‘ bzw. faschistische Entartung Thema ist. Oder deren Beurteilung ist unmöglich, wenn die Diktatur des Proletariats nicht darin einbezogen wird. Eine davon losgelöste Geschichte wäre wie Märchen Erzählen. Gerade daraus schöpfen der anti-‘westliche’ Kommunismus

mit einer faschistisch gewendeten Diktatur des Proletariats, und letztlich auch der Faschismus selbst- zumal sie als Zwillinge gelten – ihre letzte Kraft.

17.01.

Wer in die Fänge eines Faschisten, wie Putin einer ist, gerät, für den kann das häufig tödlich enden; umso zweischneidiger die Situation, einen Geschäftsmann wie Trump zum Verbündeten zu haben, der seine privaten Geschäftsinteressen ständig zur Staatsraison erhebt. Der Trumpismus verfügt über alle notwendigen Voraussetzungen, um sich ähnlich wie der Putinismus zu einem ausgewachsenen Faschismus zu entwickeln. Seine Charakterisierung als Oligarchie wäre daher eine glatte Verharmlosung. Der Geschäftsmann Trump betrachtet den Staat, an dessen Spitze er gewählt wurde, als seine persönliche Domäne, deren Verwaltung er seinen Privatinteressen unterworfen hat. Sein Deal mit Hamas läuft anstelle von ihrer Vernichtung auf die Rehabilitierung eines Feindes der Menschheit hinaus und den Antisemitismus als Staatsraison: Frieden mit dem Faschismus Putins und offenbar, so Trump, Frieden als angebliche Kriegslist! Im Verhältnis zum Islamismus und zum Faschismus kann es für den ‚Westen‘ aber von vornherein nur Unterwerfung oder Tod geben! Die (Friedens-)Verhandlungen des Geschäftsmannes Trump mit dem Putinismus und dem Islamismus dienen ausschließlich dem Ziel, den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen und die Interessen der Menschheit an deren Feinde zu verscherbeln. Im Umgang mit Faschisten und Islamisten ist aber nun mal kein anderes Verhältnis möglich als der offene Krieg. (Mit Faschisten oder Islamisten *dealt* man nicht!)

Trump hat den Judenmördern einen Unterhändler geschickt, der ihnen die Aufnahme in die ‚westliche‘ Gesellschaft gegen die Freilassung der israelischen Geiseln verspricht. Dieses Angebot machte Trump den Islamisten nur indirekt und verbunden mit dem offensichtlichen Druck auf Israel, einem Deal mit Terroristen zuzustimmen. Mit Islamisten sollte es aber nur Verhandlungen über ihre Kapitulation geben. Alles andere würde die eigene politische (und moralische) Kapitulation bedeuten! Der Geschäftsmann Trump meint wie ein römischer Kaiser und Gott über den Dingen zu stehen. Das lässt sich für einen Kleingeist und ‚großen Geschäftsmann‘ wie ihn aber nur machen, wenn er seine oligarchischen Interessen zu den ‚Interessen der Menschheit‘ aufbläst und sich selbst zur Verkörperung und Personifizierung derartig lächerlicher Anwandlungen seines unfaßbaren Größenwahns macht!

18.01.

Thesen: Die MLer haben sich – soweit sie Ökonomisten sind, und das sind sie nun mal in ihrer Mehrzahl grundsätzlich – niemals eindeutig und klar von dem von Ferdinand Lassalle inspirierten Gothaer Programm der späteren SPD, das auf dem Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1875) verabschiedet wurde, distanziert und von daher auch nicht die Marxsche ‚Partei‘ gegen den Bismarckisch inspirierten Sozialismus Lassalles verteidigt, deren Kommunismus (siehe das KM von 1848) künftig auf seinen symbolischen Charakter (als frommer Wunsch?!) hatte beschränkt bleiben sollen.

Unter den linken Lassalleanern blieb Marx zwar, beschränkt auf eine Rolle als reiner Theoretiker, gelitten; als Politiker, der u.a. als politischer Berater der revolutionären Arbeiter der *Pariser Commune* tätig gewesen war, wurde er immer weniger akzeptiert und daher ignoriert. Das hätte in dem sich demokratisch tarnenden Bismarck-Reich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vielleicht noch angehen können, war aber am Vorabend des 1. Weltkriegs und den sich in Rußland abzeichnenden weltrevolutionären Erschütterungen eindeutig der falsche Weg, was in der im Frühjahr 1917 ausgebrochenen und von den Leninisten als ‚proletarisch‘ getauften Revolution vom Stalinschen ‚Marxismus‘ auf katastrophale Weise bestätigt wurde. Ein Widerspruch, der bis heute zwischen der Theorie („Marxismus“) und der Praxis („Proletarische“ Revolution), bzw. zwischen revolutionärer Theorie (*Manifest der kommunistischen Partei*) und politischer Selbsttätigkeit des Proletariats (*foreign policy* der *working class*) fort existiert UND in der unschlagbaren Parole der MLPD: ‚Make Socialism Great Again!‘ nur noch als absoluter *joke* auftritt.

Seit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* (KM 1848) war der Kommunismus zwar bis zur *Pariser Commune*, aber nicht mehr darüber hinausgegangen; dies endgültig, nachdem er in der Oktoberrevolution als ‚siegreicher‘ Leninismus steckengeblieben war (beginnend mit der Verjagung der Reichsduma durch die Leninisten Anfang Januar 1918 als Wendepunkt) und nachdem mit dem Machtantritt des ‚leninistischen‘ Stalinismus (= ‚Marxismus-Leninismus‘) der Kommunismus endgültig den Rückweg in die ‚revolutionäre‘ Konterrevolution der ‚Neuen Bourgeoisie‘ angetreten hatte. Der Ausgangspunkt dieser katastrophalen Entwicklung des Marxschen

Kommunismus (mit dem Gothaer Parteitag 1876 als Wendepunkt) ist in Lenins NEP (Neue Ökonomische Politik 1921) und der brutalen Niederschlagung der revolutionären Rebellion der aus dem imperialistischen Krieg zurückgekehrten Bauernsöhne und Söhnen der Arbeiterklasse zu suchen, worin der Widerspruch zwischen Marx und Lenin, zwischen der *commune rurale* und dem Ökonomismus der NEP, als Grundwiderspruch dieser ‚Weltrevolution‘ erstmalig vollständig in Erscheinung tritt und als sich zeigt, daß seit der Niederschlagung des revolutionären Aufstands in Kronstadt durch Lenins und Trotzkis (blut-)Rote Armee diese Revolution nicht mehr zu retten war, oder aber, daß der bereits im Ansatz durch nichts mehr zu heilende Bruch zwischen dem (Marxschen) Kommunismus und dem Leninismus die Rückorientierung des Kommunismus in Rußland auf die ‚Partei Marx‘ und seine Neuaufstellung erfordert hätte, wofür sich Stalin, schlau und listig wie er war, vom Bock zum Gärtner machen ließ bzw. sich selbst dazu gemacht hat.

Wenn wir davon ausgehen, daß von dem Autor des gemeinsam mit Friedrich Engels veröffentlichten Manifests der Kommunistischen Partei der entscheidende Anstoß für die proletarische Revolution und den Kommunismus erfolgt ist, dann läge die Frage nahe, was es bedeutet, wenn sich Marx nach der Pariser Commune (1871) und dem Gothaer Parteitag (1875) und bis zur Neuübersetzung des Manifests der Kommunistischen Partei ins Russische (1882) sich fast nur noch mit Rußland und der Russischen Dorfgemeinde befaßt. Und was daraus seitdem zu lernen gewesen wäre...

19.01.

Die Doppelbedeutung von pM: als Partei und Massenbewegung *und* als beides in *einem*? – was, wie sich gezeigt hat, in der Tat schwer zu machen ist.

21.01.

„**Kommunismus**“ oder „**Diktatur des Proletariats**“ werden heute als Schimpfwort oder gar als schlechter Witz verstanden. Oder etwas, was ein vernunftbegabter Mensch‘ eher nicht ernsthaft vertreten sollte.

Nun ist es also doch passiert: genderistische Sprachregelungen auch in der FAZ!? Die **Geiseln** der Hamas heißen bei ihr: „**Entführer**“! (Aber Stop: **die Geisel** muß keine Geisel-in werden, weil sie bereits weiblich ist!)

Der „**westliche**“ Kapitalismus nähert sich rapide einem modernen Merkantilismus, der sich hauptsächlich von Zöllen, Zinsen und Gebühren ernährt, während für die industrielle Produktion das Mehrprodukt, der Mehrwert, die Profitrate, so scheint es zumindest, relativ bedeutungslos geworden sind. Die unmittelbaren Produzenten in den USA interessieren Trump ausschließlich als seine Wähler und die Kapitalisten als zusätzliche Gebührenzahler. Kriege werden wie Handelskriege geführt. Mal sehen, ob er den Europäern jetzt auch noch die Islamisten als ‚zivilisierte‘ Gesprächspartner auf den Hals hetzt!? Putinland könnte auch zu einer Waffe Trumps gegen die Europäer werden.

Wenn Kapitalisten einander ständig ein Bein stellen, ist das für alle anderen O.K. Der Spaß hört aber da auf, wo sie wegen der eigenen Blödheit über die eigenen Beine zu stolpern.

Wenn Putin von den USA verlangt, Ramstein zu räumen, wäre von ihm dann eigentlich nicht dasselbe hinsichtlich Kaliningrads (Königsberg) zu verlangen?

FAZ LIVETICKER: USA UNTER TRUMP **WHO bedauert Trumps Entscheidung zum Rückzug.** 21.01. (02:02):

Zu seiner Amtseinführung unterzeichnet Trump »**einen Erlaß, der die Begnadigung oder Strafmilderung aller im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Kapitol Verurteilten vorsieht**«. Er bezeichnet die bisher inhaftierten (und von einem Gericht verurteilten) 1.200 trumpistischen Rechtsradikalen als „**Geiseln**“, deren Begnadigung er bereits im Wahlkampf angekündigt hatte.

21.01. (02:26):

Donald Trump nach seiner Antrittsrede zu Ukrajina und zu Putin: „**Ich denke, er zerstört Rußland, wenn er keinen Deal eingeht.**“ Das Land stecke „**in großen Schwierigkeiten**“. Falls sich Putin auf keinen Deal einlässe, seien »**Strafzölle die einzige Möglichkeit**«. Auch Selenskyj wolle eine Einigung finden, um den Krieg zu beenden (?).

...den Selenskyj nun mal klar und eindeutig nicht gegen die Russische Föderation *begonnen* hat!

23.01.

Trump und Ukrajina: Die US-Demokraten wollten Putin durch seinen Stellvertreterkrieg mit Ukrajina auf europäischem Terrain festnageln und die atomaren Reserven möglichst in der Hinterhand behalten. Trump versteht das

atomare Arsenal der USA dagegen als taktische Drohkulisse, was Putin wiederum in die Lage versetzt, unterhalb der Atomschwelle ungestraft tun und lassen zu können, was er will. Trump ist ein Aufschneider und Kapitulant. Da für den Immobilien-Tycoon angeblich alles Verhandlungssache ist, gibt es in seiner Strategie, anders als bei den Demokraten keine ‚roten Linie‘, deren Überschreitung bisher nur geahndet wurde, wenn der Gegner eindeutig der Schwächere war. Unter den Demokraten galten die zwischen Weltmarktkonkurrenten vereinbarten Verträge, die internationalen und innerstaatlichen Gesetze. Unter Trump gilt ausschließlich das Gesetz des Stärkeren und letztlich daher die reine Willkür. Jetzt sollen hohe Einfuhrzölle US-amerikanische Kapitalisten und Tech-Multis auf dem inneren Markt vor der ausländischen Konkurrenz schützen, erhöhen aber für die inländischen Konsumenten, so auch die Arbeiterklasse, die Preise und für das Kapital die Preise der Ware Arbeitskraft...

25.01.

Die Welt wird heute von zwei Faschisten beherrscht. Der eine sitzt im Kreml, der andere im Weißen Haus. Ein dritter wird sich bei Gelegenheit aus dem Fernen Osten zuschalten. Der kümmerliche Rest der ‚westlichen‘ Demokratie besteht aus der von den ‚68ern‘ und – der durch Judith Butlers genderistisch pervertierten – ‚antiimperialistischen Kulturrevolution‘, die, anstatt sich zu proletarisieren, vom Trumpismus ‚plebeisch‘ faschisiert wird.

Springers BILD und WELT waren einst die Erzfeinde der ‚68er‘, von denen im Bündnis mit der Neuen Bourgeoisie der DDR die ‚christlich-abendländische‘ Vorherrschaft der 20ster-Juli-Bourgeoisie gestürzt werden sollte, und die heute gezwungen sind, sich mit der ‚westlichen‘ deutschen Bourgeoisie gegen den Faschismus TRUMPUTINS zu verbünden, weil die ‚68er‘ Kulturrevolution auch vom TRUMPUTINismus bekämpft wird. Die Grünen, die sich diesem Erbe moralisch verpflichtet fühlen, schwanken zwischen Christlichem Abendland und Butlers Genderismus hin- und her und schaffen es nicht, eine gemeinsame Linie im Kampf gegen den ost-westlichen Empirealismus hinzukriegen.

Die parteiMarx sollte davon ausgehen, daß die Theorie vom Überspringen des ‚westlichen‘ Kapitalismus durch den ‚Antiimperialismus‘ der Nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, wie sie von der Wessi-Linken nach wie vor vertreten wird, seit dem faschistischen Krieg Putins gegen Ukrainerin zur

(sozial-)faschistischen Farce geworden ist. Sie sollte sich, ähnlich wie die KPCh im Anti-Japanischen Krieg, der Einheitsfront gegen Putins Empirealismus und den Trumpismus anschließen, um die heutigen Nachfolger der 1939 mit Hitler fraternisierenden Verfechter des Hitler-Stalin-Pakts im östlichen Teil des von den Großen Vier geschaffenen Nachkriegsdeutschlands, der sog. DDR, als Faschisten zu entlarven. Ein künftiges Bündnis der parteiMarx mit der 20sten-Juli-Bourgeoisie gegen den neuen Faschismus wird solange möglich sein, wie diese gegen den Pakt zwischen dem westlichen Imperialismus und dem großrussischen Empirealismus, das heißt gegen den TRUMPUTINismus, Widerstand leistet, um die Substanz des von den Großen Vier geschaffenen Nachkriegsdeutschlands zu verteidigen, das von Trumps neuem Faschismus untergepflügt werden soll.

26.01.

Die Errichtung der ‚Brandmauer‘ gegen die AfD bedeutet vor allem, daß damit ihre enge Beziehung zu Putin nicht mehr sichtbar und entsprechend bekämpft wird. Moskau und Trump bleiben draußen, so wie auch Putins Aktivitäten im ‚westlichen‘ Europa, die zum Kern des Problems gehören, draußen bleiben sollen. Durch die ‚Brandmauer‘, einer politisch harmlos erscheinenden Entsprechung der ‚Berliner Mauer‘, will sich der Bundesbürger weiterhin geschützt vorkommen.

31.01.

FAZ ZU STROMBEGRENZUNGSGESETZ Keine Mehrheit im Bundesrat in Sicht (31.01.)

Der Hauptfehler der Scholz-Regierung ist, nicht erkannt (und entsprechend politisch gehandelt) zu haben, daß der Hauptfeind der ‚westlichen‘ Demokratie nicht ausschließlich die faschistische AfD, sondern darüber hinaus das ‚System Putin‘ ist, von dem jene u.a. gesponsert wird. Wenn sich die ‚bürgerlichen‘ Parteien weigern, *mit* dem Zentrum (in diesem Fall: mit der CDU/CSU) gegen die ‚ungebremste und ungeregelte Zuwanderung‘ – einer hybriden Provokation vonseiten Putins (!) –, zu stimmen, wie auch dagegen, daß von Putins engstem Verbündeten in Belarus der illegale ‚Zustrom‘ von ‚Migranten‘ ins Land gelockt und dann über die weißrussisch-polnische Grenze in Richtung ‚Westen‘ ‚weitergeleitet‘ wird –, dann begünstigen diese in Deutschland vor allem die rechten und linken Parteigänger Putins. Die ‚bürgerlichen‘ Parteien im Bundestag hätten eigentlich, um solche bleiben zu wollen, anstatt sich an die

Putinisten (innerhalb der GRÜNEN und der SPD) dranzuhängen, dem vom ‚Zentrum‘ vorgeschlagenen *geregelten* Zugang von Asylsuchenden zustimmen müssen. Alles andere wäre nichts als die eindeutige Zustimmung zu dieser putinistischen Provokation gewesen.

Die AfD mag aus ihrer gezielten Unterstützung des CDU/CSU-Antrags für eine *geregelte* Zuwanderung und der daraufhin erfolgten Blamage für CDU/CSU zwar viel Honig gesaugt haben; aber nur solange, wie die ‚linken‘ Putinisten in der SPD und den Grünen weiterhin das Heft in der Hand behalten und ihre schäbige Rolle, in dieser Farce als Werkzeug der hybriden Kriegsführung Rußlands gegen ‚den Westen‘ gedient zu haben, nicht zu übersehen ist. Das von der putinistischen radikalen Linken in die Welt gesetzte Gerücht, die Ablehnung einer *geregelten* Zuwanderung nütze allein ‚der Rechten‘, (wer auch immer das sein soll!), hatte nur eines zur Folge gehabt: daß Die Rechte im Parlament sich immer wieder ins Fäustchen lacht, solange sie erleben darf, wie die ‚westlichen‘ Parteien nur mit der ‚heimlichen‘ Unterstützung der AfD ein Gesetz zu einer *geregelten* Zuwanderung durchbringen können, weil von den rechten **und** linken Putinisten (mit verteilten Rollen) **jede** Form einer *geregelten* Einwanderung entweder durch die Forderung nach „**Remigration**“ oder deren blinder **Verteufelung** unter den Einschlägen vonseiten rechter und linker Heckenschützen aus dem ‚ungarischen‘ Merkel-Universum verhindert wird.

Der Fehler der Christdemokraten aber ist, daß sie die putinistische Rechte und Linke mit unzureichenden Mitteln und nur halbherzig bekämpfen und die linken Putinisten ihren ‚antifaschistischen‘ Popanz gegen die ‚westliche‘ Demokratie als Trumpf ausspielen lassen. Wie das Kaninchen auf die Schlange sind sie, auf die rein rechnerischen parlamentarischen Mehrheiten starrend, in Panik verfallen und haben sich von den ‚globalen‘ Putinisten ins Bockshorn jagen lassen. Anstatt daher die Moskowiter als Feinde der ‚westlichen‘ Demokratie (und letztlich der Menschheit) politisch zu attackieren, haben sie den Demagogen in Moskau, ihr übles politisches Geschäft erleichtert.

Fazit: die sich demokratisch nennenden Parteien – ob sie das auch bleiben werden, wird sich zeigen – hatten die Alternative gehabt, entweder gemeinsam mit dem Zentrum dem Putinismus *in Deutschland* eine entscheidende Niederlage zu bereiten oder gegenüber der angeblichen Volkspartei ‚Alternative für Deutschland‘ und vor deren astrein völkischer Ausrichtung, das Feld zu räumen. In dieser entscheidenden Auseinandersetzung vertreten die Putinisten jeglicher Couleur knallhart die These, daß nicht die

AfD und deren östlicher Sponsor – oder diese verharmlosend: „**Die Rechte**“ – der gemeinsame Feind „**des Westens**“ ist, sondern das von den Putinisten als angeblich ‚faschistisch‘ titulierte „**westlich**“ orientierte und verfaßte Deutschland, das es gegen den rechten und linken Putinismus zu verteidigen gilt: gegen AfD, BSW, Die Linke, die linken Grünen und linken Sozialdemokraten und der vielen anderen Putinisten mehr.

Februar 2025

02.02.

„Die Leute‘ reagieren auf die Messer-Morde der letzten Wochen erwartungsgemäß. Auf dieser Linie liegt die zu vermutende ‚von außen‘ kommende politische Absicht, die mit dieser Provokation in Verbindung steht. Im Herbst waren es ähnliche Aktionen, wodurch die Landtagswahlen wahrscheinlich zugunsten ‚Der Rechten‘ entschieden wurden. Jetzt sollte das wohl wieder geschehen – und es geschah auch. Wer mag da noch an Zufall glauben, für wie kompliziert sich auch die inneren Zusammenhänge solcher Aktionen erweisen mögen. Für sie alle gilt, wie gut sie zur Destabilisierung der BRD geeignet sind. Merz hat die Provokation konterkariert, was ihm die Provokateure sehr übel genommen und die Büchse der Pandora geöffnet haben.

05.02.

FAZ PODCAST FÜR DEUTSCHAND „**Wenn man ‚seriöse rechtsradikale‘ Politik will, darf man nicht die AfD wählen.**“ (Diskussion mit Justus Bender über sein Buch: „**Was will die AfD?**“.)

Die FAZ und der Buch-Autor betrachten die AfD mit derselben ‚abschirmenden Brille‘ wie der Rest der sich politisch erwachsen dünkenden Gesellschaft. Wenn die Jugendlichen, soweit sie aus der saturierten Mitte der Gesellschaft stammen, sich vom antiautoritären Flair der AfD angezogen fühlen, geht es ihnen ähnlich wie damals uns ‚68ern‘. Wir hatten die SED und ihre linken westlichen Ableger auf den Schild gehoben, weil wir wußten, daß es genau das ist, was die christlich-reaktionäre *middle class* und deren Bourgeois-Sponsoren am meisten haßten und was sie auf die Palme bringt. Heute halten es die tiktok-Kinder vielleicht ähnlich mit der AfD. Und dabei wird wahrscheinlich auch ihnen ebensowenig klar sein, daß sie sich dabei nicht viel anders verhalten wie die Urväter der von ihnen gehaßten Grünen, zu denen wir ‚68er‘ gehört haben. Wir hatten erst durch lange Irrungen und Wirrungen hindurch lernen müssen, daß es nicht allein an dem von SED und KPdSU(B) verratenen

Kommunismus lag – über dessen langen Schatten auch der Maoismus bereit war zu springen – sondern daß in diesem ‚Kommunismus‘ nicht nur gewisse Ähnlichkeiten mit dem Faschismus (Stalin) steckten, sondern mit Putin sein faschistischer Nachfolger an die Macht gekommen ist, der die frühere Sowjetmacht als Träger einer neuen faschistischen Weltherrschaft auszubauen und weiter zu entwickeln vorhat, wobei er sich der Vorbilder Hitlers und Stalins bedient. Hierauf beruht wahrscheinlich der große historische Bogen und die Parallele zwischen dem linken 68er Anti-Autoritarismus mit dem Autoritarismus der rebellischen tiktak-Jugend, der sich wie die Katze in den Schwanz beißt – was aber die westliche Intelligenzja einschließlich der Leute von der FAZ noch nicht wirklich begriffen zu haben scheinen...

07.02.

Sinclair Lewis: *It can't happen here* (1935). *Das ist bei uns nicht möglich* (1984). Diese hervorragende Nachttisch-Lektüre macht den Unterschied zwischen Ulbrichts einstigem Antifaschismus und dem Kampf für die Rückeroberung der ‚westlichen‘ Demokratie deutlich! Der Ulrichtsche Antifa mußte, weil er immer mit einem Auge auf die von Stalin gekippte Leninsche Oktoberrevolution schielte, zwangsläufig auch bei den von ihr ungelösten Fragen landen. Der in diesem Roman durchgespielte Ablauf des Sturzes der amerikanischen Demokratie endet in so etwas wie mit dem italienischen Faschismus Ähnlichem, der viele Jahre früher als der doitsche, dran gewesen war. Die sich in dem Roman auf ihrem Höhepunkt diktatorisch zusätzenden Formen autokratischer Herrschaft lassen sich so gut wie nicht mehr vom italienischen Original unterscheiden. Die akut gefährdeten Anhänger der Opposition fliehen über die US-kanadische Grenze oder landen im Knast, (soweit hat es Trump bisher noch nicht getrieben!). Auch hatte „**Das**“ alles Anfang der 50er Jahre in der Realität durchaus auf der Kippe gestanden und hätte sogar „**bei uns**“ (in Germany) „...**möglich**“ sein können (McCarthy-Ära), und zwar ausgehend von der Präsenz der sich verselbständigenen US-Geheimdienste und deren Auswirkungen auf die gerade erst gegründete Bundesrepublik Deutschland (1949). In Sinclair Lewis` Roman endet nach dem Sturz der faschistischen Diktatur durch das amerikanische Volk, zu dem sich schließlich auch für einen kurzen Moment die nicht-faschistische Bourgeoisie zählen darf, das alles mit einem happy end.

Die ‚westliche‘ Demokratie erweist sich am Ende trotz ihrer Demontage durch die Putschisten gerade auch deshalb als konsistent, weil anti-demokratische Putschisten notgedrungen einen gewissen ‚westlich‘ inspirierten

demokratischen Schein wahren müssen. Karl Marx hat unter der Diktatur des Proletariats im Normalfall keine terroristische Diktatur des Proletariats verstanden, auch weil er nicht ausschließlich auf die ‚westliche‘ Demokratie fixiert gewesen war. Sie durch durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen, hatte gerade nicht bedeutet, die Demokratie abzuschaffen, sondern sie aufzuheben. Wie dieses Aufheben hätte funktionieren sollen, hat in der Pariser Commune nur angedeutet werden können, weil sie bereits nach wenigen Wochen von der konterrevolutionären Bourgeoisie zerschlagen wurde. Daß sich Marx vielleicht zunächst aus rein theoretischen Überlegungen (...was eher nicht anzunehmen ist) der russischen Dorfgemeinde (in einem Brief an eine russische Revolutionärin: der *commune rurale*), d.h. der russischen ‚bäuerlichen Kommune‘ zugewandt hatte, konnte auch bedeutet haben, daß er das europäische Proletariat noch nicht für gereift hielt, die kommunistische Aufhebung der kapitalistische Produktionsweise auch im ‚Westen‘ zustande zu bringen.

Doremus, der Held in Lewis' Roman, besinnt sich gemeinsam mit einem erweiterten Kreis von Verwandten und Freunden spontan der klandestinen Widerstandsaktionen gegen die Einführung der Sklaverei in den USA, woran sich zeigt, daß die ‚westliche‘ Demokratie auch durch ihr ‚back to the roots‘ grundsätzlich nicht zur Aufhebung Lohnsklaverei gelangen kann, weil sie aus sich heraus dazu nicht fähig und in der Lage wäre. Trumps Dilemma: um sein Programm als ein zweiter Präsident Windrip wie in Sinclair Lewis' Roman durchzusetzen, müßte er heute die ‚westliche‘ Demokratie durch eine ‚westliche‘ – keine russische, keine deutsche – Diktatur ersetzen. Eben das kann er aber vermutlich nicht, weil er dadurch die bürgerliche Gesellschaft selbst in ihrem Bestand riskierte. Also versucht er, die Wurzeln der antifaschistischen Demokratie in den USA aus den 40er Jahren scheibchenweise zu liquidieren (siehe: Abbau von USAID), womit er, wenn auch ungewollt, umso mehr auf die Aufhebung der westlichen Demokratie in den USA der 40er Jahre durch die Diktatur des Proletariats hinarbeiten würde. Der ‚westliche‘ Kapitalismus grübe sich so das eigene Grab.

Also wird die spannende Frage sein, ob und wann Trump die Schwelle der ‚westlichen‘ Demokratie überschritten hat und zur offenen von ihm nicht mehr rückgängig zu machenden Diktatur übergeht, die die Herrschaft eines von den Geheimdiensten geleiteten Mobs bedeutete. Der ‚Ukraine-Krieg‘ ist also sowas wie ein davor Zurückweichen und die Ausrede dafür, daß auch Putin vor dieser

Schwelle zurückschreckt, weil ihm seine historische Erfahrung sagt, daß dies für ihn zu einem Weg ohne Wiederkehr werden wird.

14.02.

Trump durchschlägt den Gordischen Knoten und läßt die Katze aus dem Sack: Verwandlung des strategischen in ein taktisches Bündnis mit Europa gegen VRCh.

15.02.

In den HEUTE Nachrichten stellt der anchor die Frage, ob es nicht vielleicht eine Verbindung zwischen den Messer-Attacken der Islamisten und den bevorstehenden Wahlen in Deutschland gebe. Diese wird von der hinzugezogenen internen Rechtsexpertin einfach übergangen.

Wer nicht völlig verblödet ist, muß sich aber die Frage stellen, ob nicht zwischen Wahlkampf und islamistischen Mordanschlägen eine Koinzidenz bestehen könnte. – Europa als Spielball zwischen dem Islamo- und dem US-Faschismus?

16.02.

Lektüren:

Ilko-Sascha Kowalcuk, Walter Ulbricht II. Der kommunistische Diktator (1945-1973)

(161) Die KP-Mitglieder der 20er und 30er Jahre nannten sich, wie die der SPD, Sozialisten. Schumacher und Adenauer symbolisieren das Andere Deutschland, das sich dem Moskauer Herrschaftsanspruch nicht unterwerfen werde. Die Arbeiterbewegung war tiefer denn je gespalten. Ulbricht war da, wo er hin wollte: mit Hilfe einer frisch gegründeten SED als Kern des Sozialismus eine willige SPD zur Verfügung zu haben. »**Nichts ist von der DDR-Geschichtspropaganda bis 1989 (und darüber hinaus) als Erfolg mehr in den Mittelpunkt gerückt worden als die SED-Gründung. Sie war die Voraussetzung aller nachfolgenden Entwicklungen in der SBZ/DDR. Weder die staatliche Spaltung 1949 noch der Volksaufstand 1953, auch nicht der Mauerbau 1961 sind ohne die SED-Gründung denkbar.**«

Während inzwischen eher anzunehmen ist, daß die moskowitischen Tendenzen innerhalb der SPD auf eine SED II hinauslaufen.

Pro-'westliche' Sozialdemokraten, vor allem die von vor 1933 politisierten, sahen in der 'Zwangvereinigung' eine von langer (sowjetischer) Hand geplante Angelegenheit. So auch Gustav Dahrendorf. »**Der Druck sei**« nach Dahrendorf »**von der sowjetischen Besatzungsmacht ab Ende Dezember 1945 ausgegangen und stetig erhöht worden**«. Dahrendorf: „**Es muß volle Klarheit darüber sein, daß es sich bei der Vereinigung ... nicht um einen zufälligen Einzelsehrgang, sondern um ein wesentliches Teilstück der staatspolitischen Konzeption Sowjetrußlands handelt.**“

(162) »**Grotewohl war kein Sozialdemokrat, der wie Hilferding, Schumacher oder Dahrendorf in den Kommunisten Anti-Demokraten sah**«, in deren Politik „**Kennzeichen eines totalitären Regimes**“ festzustellen waren und die KPD (SED) in NSKPD hätte umbenannt werden müssen! Dahrendorf: „**Nur die Demokratie bringt Freiheit und Sozialismus. Jede Diktatur ist Reaktion. Es gibt vielfältige reaktionäre Gefahren. Die größte unter ihnen ist die Diktatur des Proletariats.**“

Dahrendorfs Ansichten über dieselbe hätten *bis* zu dem (mit ziemlicher Gewißheit) von Stalin inszenierten Kirow-Mord (1934) und der dadurch ausgelösten endgültigen Liquidierung des Leninistischen ZKs vielleicht noch als „**reaktionär**“ durchgehen mögen; dies aber nicht mehr *nach* Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts (1939). Wobei unter „**Diktatur des Proletariats**“ sogar noch die Leninistische Version dieser Marxschen Wortprägung gemeint gewesen sein möchte; diese jedoch generell, so auch unter Einschluß des Marxschen Begriffs, als „**reaktionär**“ zu bezeichnen, hätte nur dann Sinn gemacht, wenn dieser wie gewöhnlich anti-dialektisch und anti-historisch, ergo geschichtslos dahergekommen wäre – was aber den Horizont eines 'westlichen' Sozialdemokraten gewiß überschritten hätte. Aber darauf kam es in der Situation, in der sich die 'westliche' Demokratie in Deutschland im Jahr 1945 befand, auch nicht an, nachdem selbst die von den Sozialdemokraten abgelehnte Leninistische Auffassung von der 'Diktatur des Proletariats' mit der sowjetischen Außenpolitik unter Stalin kollidiert war, von der ursprünglichen (Marxschen) Version dieses Begriffs gar nicht erst zu reden...

(163) »**Auch in der SPD überwogen längst jene Mitglieder, die vor 1933 nicht zur Partei gezählt hatten.**«

Dann stellt sich die spannende Frage, zu welcher Partei sie in diesem Fall „**gezählt**“ hätten?

»**Diese waren von der Einheit weitaus leichter zu überzeugen als jene, denen die „Sozialfaschisten-Attacken“ noch in den Knochen steckten. [...]**

Sozialdemokraten und Kommunisten einte der Marxismus (nicht der Leninismus), der Blick auf die Vergangenheit und die Hoffnung auf einen Sozialismus in der Zukunft.« Schumachers Abneigung gegen die Kommunisten war, so Kowalcuk, eher historisch und weniger auf aktuelle Vorgänge bezogen: mit der Ausstrahlungskraft, die von Schumachers Biographie ausging, konnten auch die Kommunisten aufwarten. Die Skeptiker der Einheit (der Arbeiterklasse) waren stärker in den westlichen Besatzungszonen vertreten, was dann auch eher im Aufgeben der bisherigen politischen Existenz ihrer Partei gipfelte. Auf dem Papier standen die damaligen Sozialdemokraten dem Kommunismus näher als dem späteren Godesberger Programm (1959), was aber die östliche Besetzungsmacht keineswegs davon abhielt, gegen ‚Feinde der Einheit‘ mit Parteiausschlüssen, Verhaftungen, Auflösung von Organisationen vorzugehen, die von sowjetischen Aufpassern kontrolliert wurden, was bis zu Verboten von Urabstimmungen in der östlichen SPD reichte.

Daher ist auch völlig klar, warum es das Ziel des Putinismus ist, solche Verhältnisse in Deutschland wiederherstellen zu wollen.

»Stalin sandte damit ein Zeichen an die Westalliierten aus, das in seiner Deutlichkeit unübersehbar war: Der Kampf um Deutschland ist längst nicht beendet.« Dahinter habe die moskowitische Grundüberzeugung gesteckt, einmal besetztes Terrain niemals mehr aufzugeben. Die Gründung der SED war somit zum Menetekel für die von der sowjetischen Armee besetzten Länder geworden, angefangen mit der 1944 besetzten Slowakei über Ungarn, Bulgarien, Polen bis zu Rumänien und den dort ebenfalls zwangsvereinigten politischen Parteien.

Vor diesem Hintergrund muß die deutsche ‚Wiedervereinigung‘ (1991) – nach dem Nichtzustandekommen eines Friedensvertrags der UdSSR, (die sich am 08. Dezember 1991 selbst aufgelöst hatte), mit den westlichen Siegermächten und dem von diesen besieгten faschistischen Deutschland – heute als Episode im revisionistischen Ringen des Putinschen Rußlands um die Wiederherstellung des großrussischen Imperiums vom Zarentum der Moskowiter bis zu Stalins Sozialismus verstanden werden und ausgehend davon als Versuch der Wiederherstellung von Putins Vorherrschaft in Deutschland und über ganz Europa. Es ist dasselbe Rußland, vor dem Marx die europäischen Arbeiterparteien unablässig gewarnt hatte... ‚Der Schoß ist fruchtbar noch...!‘ (Brecht, Arturo Ui).

17.02.

Heute lassen sich marxistisch nennende Parteien danach einsortieren, welche Position sie zum Hitler-Stalin-Pakt, d.h. der zeitweiligen Versöhnung der UdSSR mit dem National-Sozialismus und deren gravierenden Folgen einnehmen, wobei zwei ‚Fragen‘ im Vordergrund stehen: die ‚Judenfrage‘ und die ‚Nationale Frage‘. Letztere ist für die Verteidigung der Staatlichkeit Deutschlands, die von rechten und linken Putinisten Rußland zum Fraß vorgeworfen werden soll, heute von herausragender Bedeutung. Für die parteiMarx sind drei politische Parteien bzw. Zirkel mit Parteianspruch relevant: *Gegen die Strömung, Bahamas* und die *Partei Die Linke*.

Gegen die Strömung (GdS):

Während sich GdS wegen ihrer positiven Stellungnahme zum Staat Israel von der putinistisch orientierten radikalen Linken („From the River to the Sea...“) positiv abhebt, übergeht sie, was die ‚Stalinfrage‘ betrifft, schlichtweg Stalins Antisemitismus, der u.a. darin zum Ausdruck kam, daß Stalin den sowjetischen Juden sowohl die Gründung eines jüdischen Staates innerhalb der Sowjetunion als auch nach 1945 die Bildung jüdischer Massenorganisationen grundsätzlich verweigerte. Stattdessen hätten sich die Juden in dem bereits seit den 20er Jahren bestehenden jüdischen *oblast* Birobidzhan am Amur im Fernen Osten zur Lösung dieses Problems ‚ansiedeln‘ lassen können...

Dieser Fehlanzeige, was Stalins Antisemitismus betrifft, entspricht die grundsätzliche Fehleinschätzung der radikalen Linken durch *Gegen die Strömung*, die sie nicht bereit ist als 5. Kolonne Putins zur Kenntnis zu nehmen und zu attackieren und die es stattdessen vorzieht, deren Angehörige als politisch verirrte ‚Genossen‘ zu verharmlosen; auf ähnliche Weise hat für GdS auch der ‚Ukraine-Krieg‘ mit den politischen Verhältnissen in Europa so gut wie nichts zu tun. Andererseits lehnt GdS den Begriff des Stalin-ismus, soweit er von Stalin-Kritikern verwendet wird, zwar zu Recht ab; sie bleibt aber dabei, in Stalin einen marxistischen Theoretiker zu sehen und seinen asiatischen Bonapartismus schlichtweg zu unterschlagen. Selbst eine solche Stalin verharmlosende Charakterisierung würde GdS auch angewandt auf den Putin-ismus wahrscheinlich vermeiden wollen: Rußlands faschistischer Aggressions-Krieg gegen *Ukrajina*? Nie gehört! – Zwei Begriffe, deren Verwendung in der Öffentlichkeit in Rußland jemanden ins Gefängnis oder ins Lager bringen kann! Aber Halt: waren es bei uns nicht gerade *die Faschisten*, die Rußland einst als ‚faschistisch‘ tituliert haben? Und gerade nicht die Linken! – Stimmt! Nur daß

seltsamerweise gerade die AfD heute eine Ausnahme macht, wenn sie fröhlichen Herzens in der Russischen Botschaft alle möglichen Jahrestage feiern geht, was eigentlich mehr als erstaunlich ist (!). – Und während der KGB-Zögling und mafiose Gewaltmensch Putin, von Gerhard Schröder zur Freude des Ostaußschusses der Deutschen Wirtschaft weiterhin zum ‚lupenreinen Demokraten‘ hochgelogen wird, werden die von Putin als 5. Kolonne für hybride Aktionen gegen ‚den Westen‘ angeheuerten Gangstertrupps bestehend aus rechten und linken Putinisten, auch von GdS (?) nach wie vor zu ‚Befreiungskämpfern‘ erklärt !

Fazit: Zwar verteidigt GdS vehement – und zweifellos zu Recht! – die Staatlichkeit Israels gegen die ‚linken‘ Freunde der Hamas, während sie es aber gleichzeitig vorzieht, gemeinsam mit der radikalen Linken die vom Putinismus in Frage gestellte deutsche Staatlichkeit einfach in die Tonne zu kloppen, woraus ein auf ‚links‘ gestylter Putinscher Faschismus à la Stalin emporsprießen möge (?)!

Die Antideutschen:

Für die Zeitschrift *Bahamas* lässt sich, in Umkehrung des hochtrabend daherkommenden Merkel-Spruchs zur Verteidigung der Staatlichkeit Israels als deutscher ‚Staatsraison‘, dagegen die deutsche Staatlichkeit nur auf den Bahamas verteidigen, oder am St. Nimmerleinstag und in Nirgendwo! Vor allem aber, ohne daß der *ewige Deutsche* in *uns* nicht ‚immer wieder‘ *seinem* Hitler huldigen und *seine* Juden vergasen wird. Genauer betrachtet kommt das *antideutsche* ‚Nie-wieder-Deutschland!‘ trotz all der darin enthaltenen dialektischen Verkehrungen aber durchaus auch einer *antideutschen* Version des Morgenthau-Plan nahe, was die revisionistischen Sehnsüchte eines Herrn Höcke und der AfD in puncto Rückeroberung Nazi-Deutschlands und Würdigung aller möglichen gewesenen ‚Deutschen Reiche‘ als Doitsche Geschichte noch stärker beflügeln wird. Wie die Stalin-Anhänger am großrussischen Chauvinismus des Stifters ihrer Partei, haben sich auch die *Antideutschen* an die tit-for-tat-‘Dialektik‘ des Morgentau-Plans dran gehängt; ganz abgesehen von ihrem überaus problematischen Nicht-Verhalten dem Putinismus der deutschen Linken und den Post-‘68ern‘ gegenüber, deren stark verkümmerte Dialektik nach ihrem ‚langen Marsch‘ durch den Genderismus sich nicht ganz so einfach wieder auf Vordermann bringen lässt.

Die Marxisten:

...oder die Konkursverwalter der 1991 erloschenen Staatlichkeit der DDR, die, um nicht in den Bankrott der UdSSR hineingezogen zu werden, sich auf den Weg nach Westen machen mußten, was man ihrem Marxismus und dessen musealer Anmutung dennoch irgendwie ansieht. Aber auch der Marxismus leidet, ähnlich wie die *Antideutschen* und die *Stalin*-Apologeten, am faschistoiden Radikalismus der putinistischen Radikalen Linken, die sich schon lange nicht mehr zu ordentlichen Marxisten umerziehen oder mit der reinen ‚marxistischen‘ Lehre vertraut machen lassen wollen und die wegen ihrer Musealisierung neuer Wiederbelebungsversuche bedarf. Worauf die rechten wie die linken Putinisten pfeifen können.

Die Gemeinsamkeiten dieser drei Strömungen:

Gemeinsam ist den Stalin-Leninisten, Antideutschen und Marxisten die Unfähigkeit, damit klarzukommen, daß die radikale putinistische Linke sich einerseits mit Vorliebe als angebliche Todfeindin der putinistischen Rechten inszeniert, aber gleichzeitig mit ihr die politische Gemeinsamkeit zu teilen scheint, unter der Diktatur des Putinismus die deutsche Staatlichkeit liquidieren und an deren Stelle einen doitschen Quisling-Staat unter der Befehlsgewalt Rußlands errichtet sehen zu wollen. Insofern steht dieses, sowohl von Rechts wie von Links ent-staatlichte Deutschland für das exakte Gegenteil dessen, wofür die Verteidiger der ukrainischen Staatlichkeit seit den ersten Demonstrationen auf dem Maydan 2004 heute kämpfen (und sterben müssen). Hierbei ist die gegenüber Israel bezeugte Merkelsche „**Staatsräson**“ ebenso angebracht wie jetzt auch zu Ukrajina. Es sollte also nicht die eine an die Stelle der anderen „**Staatsräson**“ gesetzt werden. Aber solange die deutsche Staatlichkeit auf den Bahamas am besten aufgehoben sein soll, (eine Ansicht, mit der die Antideutschen durchaus nicht für sich alleine stehen), wird es für Putin ein relativ leichtes Spiel sein, die angebliche Einzigartigkeit der doitschen Staatsraison mit der israelischen *und* der ukrainischen gegeneinander auszuspielen. Die aus dem Bankrott der UdSSR 1989 hervorgegangene deutsche Staatlichkeit wird sich auf Grund der politischen Gemeinsamkeiten mit der israelischen und der ukrainischen Staatlichkeit nur gemeinsam erfolgreich verteidigen lassen oder sie wird in den Putinschen Umarmungen einen traurigen Erstickungstod finden.

Die AfD ist die SED des Trumpismus, die von Trump und Putin in friedlicher Konkurrenz umworben wird. Sie steht auch für den Antisemitismus und die Rückkehr Deutschlands in den Zustand seiner endgültigen Abwicklung ganz im

Auftrag und nach dem Geschmack Putins: er ist und bleibt, ganz in Stil Hitlers, nun mal ein Revisionist. Die pro-'westliche' Bourgeoisie Europas hat immer wieder demonstriert, daß sie, beginnend mit dem Arabischen Frühling in Syrien (2011), die Resilienz eines Hühnerhaufens besitzt. Ihr adäquater Beitrag zum Widerstand gegen den Neuen Faschismus der Axenmächte lautet: Maul halten!

Stalins Beitrag zum Antifaschismus war: seinen Verrat an den revolutionären Völkern durch die Verteidigung des großrussischen Minimums zu kaschieren. Nicht Marx, sondern Stalin ist der Erfinder des ‚Marxismus‘, und zwar verbunden mit der durchschaubaren Absicht, seinen revolutionären Kern aufzuweichen und sein Gegenteil daraus zu machen.

19.02.

Manifest der parteiMarx (Fragment)

Die Geschichte der Klassenkämpfe der letzten zwei bis drei Jahrhunderte zeigt, daß die Diktatur des Proletariats zu ihrer Entstehung die ‚westliche‘ Demokratie voraussetzt, die in ihrer weitest entwickelten Form bisher allein in den Vereinigten Staaten von Amerika zu finden ist. Alle anderen Formen, sowohl die früheren, als auch die der nach US-amerikanischem Vorbild entstandenen ‚westlichen‘ Demokratien gelten als von der US-Demokratie abgeleitete Formen der bürgerlichen Gesellschaft oder haben zu ihr hingeführt. Daran müßte sich auch die *Diktatur des Proletariats* messen lassen, die sich nach der kurzzeitig erfolgreichen Aufhebung der bürgerlichen Staatlichkeit durch die Pariser *Commune* in den verschiedensten *Diktaturen*, nicht aber mehr in die ...des *Proletariats* verwandelt haben, und von denen zuletzt immer die *Diktatur* per se übrigblieb!

Darin sieht die ‚westliche‘ Bourgeoisie den Beweis erbracht, daß bei der Verteidigung der Demokratie die *Diktatur des Proletariats* als Zielsetzung ungeeignet sei, weil gerade, was von ihr verteidigt werden soll, zerstört wird. Aber auch die ‚westliche‘ Demokratie wird, wenn sie gegen die Oligarchie verteidigt werden soll, um die Diktatur nicht herumkommen. Um aber den Mafia-Staat samt Mafia-Ökonomie erfolgreich bekämpfen zu können, (an dessen enormen Profiten die ‚westliche‘ Bourgeoisie nur allzu gern beteiligt wäre), darf die *rule of law* nicht abgeschafft werden. Es ist also nicht nur das Proletariat, das aus bestimmten Gründen auf die Diktatur angewiesen ist.

Ohne Anwendung und Durchsetzung der *rule of law* läuft die ‚westliche‘ Demokratie daher immer wieder Gefahr, sich in eine oligarchische Mafia-Herrschaft zu verwandeln, die konkret auf einen von Leuten wie Trump und

Putin gemeinsam betriebenen Mafia-Kapitalismus hinausläuft, unter dem die Verhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt neu ausgerichtet werden sollen. Daran wird sich endgültig zeigen, ob die auf die *rule of law* prinzipiell verpflichtete ‚westliche‘ Bourgeoisie dieser Entwicklung kommentarlos zuschauen und sich den Gesetzen der Mafia vollständig unterwerfen wird. Was spätestens der Moment wäre, da das Proletariat und die unter der internationalen Mafia-Herrschaft stehenden ‚westlichen‘ Nationen, deren Demokratie durch den Trumpismus abgeschafft bzw. an ihrer selbständigen Entwicklung gehindert wurden, dagegen auf den Plan zu treten werden...

20.02.

Wenn Trump bereit sein sollte, Ukraine an Russland verkaufen, dann könnte dasselbe Schicksal eines Tages auch Deutschland treffen. Der faschistische Revisionismus ist grenzenlos.

23.02.

Trump: Verrat, Ausplünderung, Einschüchterung ‚der‘ Ukraine. Liebedienerei vor Putin in der illusorischen Erwartung, der post-sowjetische Judoka werde Trump wieder zu Puste kommen lassen im Namen der Waffenbrüderschaft gegen Hitler. Nun sind beide – noch mit unterschiedlicher Ausprägung – zu zwei Hitlers geworden, die gegen den dritten Hitler von der KPCh eine Waffenbrüderschaft abschließen wollen.

Trump und Putin gegen Xi! Das stand von Anfang an auf Trumps Agenda. Gute Nacht EU und Europa. Gute Nacht, Europäer! Dies ist eine welthistorische Auseinandersetzung und nicht nur das Austragen zweier Konkurrenten in einem Immobilien-Deal!

25.02.

TRUMP benutzt seine Präsidentschaft allem Anschein nach dazu, um die Geschäfte der Fa. Trump &Co. voranzutreiben.

In 20 von 22 Wahlkreisen lagen die Kandidaten der CDU als Direktkandidaten vorn, der nach dem von der RotRotGrünen Koalition ‚reformierten‘ Wahlrecht jetzt bei 28,9% der Zweitstimmen nur 15 Direktmandate zustehen. Aussortiert

werden aber je nach Bundesland diejenigen Kandidaten mit dem niedrigsten Stimmanteil in ihrem Wahlkreis.

Eine eindeutige Demontage des Mehrheitswahlrechts: ,One man, one vote'! 23 von 299 CDU-Erststimmensiegern werden nicht im Bundestag sitzen. Clever gedacht – clever gemacht! Wo sitzt er nur der mastermind!?

UN-Resolution: Bei der Spaltung Axe vs.'Westen' oder Mehrheit der Nationen vs. (atomare) Supermächte (Rußland, China, USA) zeigt sich: Beide faschistischen Zusammenschlüsse sind instabil. Die Mehrheitsnationen sehen sich zwar durch das Völkerrecht geschützt, sind aber untereinander zugleich die bittersten Konkurrenten und härtesten Gegner.

Putin und die Bundestagswahl als hybride Aktion!

Zur Abhängigkeit des Kommunismus von der ,westlichen' Demokratie deren Umkehrung, daß die ,westliche' Demokratie im Trumpismus untergeht, wenn ihr vom Kommunismus nicht Feuer unter dem Hintern gemacht wird.

Rückverwandlung der Herrschaft des Rechts in das Recht des Stärkeren.

März 2025

01.03.

Trump erinnert an Margarethe Thatcher (‘I want my money back’). Da ebenfalls ein ‚autoritärer Charakter‘, wird er der Öffentlichkeit nicht auf die Nase binden wollen, warum er mit UKR gebrochen hat. Mehrere Gründe lassen sich vermuten:

1. Das Thatcher-Moment oder der Schuldenberg, (und darin die Verteidigungsaufgaben, von denen der Staatshaushalt in die Tiefe gerissen werden könnte);
2. China! Wahrscheinlich steht der ultimative Angriff auf Taiwan bevor, weil es um China verdächtig still geworden ist. (Vgl. Hamas und Gaza vor Aussendung der palästinensischen Killertruppe.)
3. Trump und die Europäer: mit *diesen* Europäern meint er keinen konventionellen Krieg gegen zwei bis an die Zähne bewaffnete Supermächte gewinnen zu können. Also muß UKR dafür bluten! Und die Europäer müssen durch Selbstdisziplin – eine Herkulesaufgabe! – auf Vordermann gebracht werden.

Was aber ist mit dem rechten bullshit, den Trump gegen seinen linken Vorgänger erdrutschartig in Bewegung gesetzt hat? Rechter und linker bullshit können einander, wenn es hochkommt, wechselseitig neutralisieren und politisch auf Null bringen: die ‚westliche‘ Demokratie als Nullität!

Lektüren:

Ilko-Sascha Kowalczuk, Walter Ulbricht II. Der kommunistische Diktator (1945-1973):

(188) Beratungen mit SPD- und KPD-Mitgliedern. Die SED sei, wie sie dort behauptet, ursprünglich als »gesamtdeutsches Projekt angelegt« gewesen, das durch die Westalliierten verhindert worden sei; siehe: der Parteiname (**SED**) und der Name ihres Zentralorgans (*Neues Deutschland*)! Ihre Politik: Im ‚Westen‘ die kleinen Genossen gewinnen und die großen auf die Anklagebank

setzen. Auch sei zu überlegen, ob die SPD auch in der SBZ wieder zuzulassen sei und im ‚Westen‘ eine Kommunistische SPD gegründet werden sollte?

(189) Rede auf einer Parteiveranstaltung in München unter dem Emblem der SED. »**Ulbricht wollte die SED als entschiedenste Kämpferin für eine neue Gesellschaftsordnung, die Krieg und Faschismus unmöglich mache, präsentieren.**« Zugleich solle man die kleinen NS-PGs in Ruhe lassen und sie für die Mitarbeit gewinnen. Beratungen mit SPD- und KPD-Genossen über die Einheit beider Parteien. Ulrichts Rede in München: »**Es komme darauf an, die Aufgaben von 1848 und 1918 zu erledigen.**« Der Sozialismus könne niemals von einer Minderheit aufgebaut werden. Einige Kommunisten befänden sich mental immer noch in den Schlachten von vor 1932, die die Sozialdemokraten nach wie vor für den Aufstieg des Faschismus verantwortlich machten. In Bayern müßten die Kommunisten als Patrioten agieren und die Einheitspartei müsse gegen den Separatismus und für die Einheit Deutschlands kämpfen.

(190) Der 'Föderalismus' begünstige den Faschismus. Die SED sei gegen Gewaltenteilung, aber für die Zulassung der Presse! Sie müsse auf alle Besatzungszonen ausgeweitet und im ‚Westen‘ eine kommunistische Sozialdemokratie aufgebaut werden. In seiner Rede auf dem Königsplatz wiederholt Ulbricht seine Ablehnung des Föderalismus und der Gewaltenteilung. Wo bleibe im Unterschied dazu die Beseitigung der »**Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer, deren Macht immer noch ungebrochen sei**«? Auf seiner Pressekonferenz wird Ulbricht gefragt, ob es zutreffe, daß er 1940 in einem Aufsatz vorgeschlagen habe, den Kampf gegen den Nationalsozialismus einzustellen (Vgl. Kowalcuk, *Ulbricht I*, 702-706). In einer persönlichen Erklärung entgegnet er, daß dieser Aufsatz gegen „**gewisse reaktionäre Kreise gerichtet**“ gewesen sei, die gehofft hätten, daß sich Hitlerdeutschland und die Sowjetunion gegenseitig „**zerfleischen**“. Dieser Aufsatz sei wegen des Bündnisses „**der Sowjetunion mit England und Amerika**“ überholt. Auf den Hitler-Stalin-Pakt sei Ulbricht, so Kowalcuk, nicht eingegangen: »**Er log nicht, sagte aber auch nicht die Wahrheit.**«

Einmal angenommen, daß er Letzteres je vorgehabt hätte...!

(192) Für Kurt Schumacher ist Ulbricht eine „**sächsische Lenin-Imitation**“, der sich in

(193) engem Kontakt mit den sowjetischen Sicherheitsorganen befindet.

(196) »Grotewohl, Pieck oder Dahlem bekamen auch „ungünstige“ Beurteilungen, aber Ulbricht blieb unerreicht« in der Anzahl positiver Beurteilungen.

(197) »Immerhin berichteten immer wieder einzelne Sozialdemokraten, angeblich sei ihnen in Aussicht gestellt worden, man würde Ulbricht abziehen, wenn sie das wünschten. Sehr ernsthaft sind diese Angebote nicht gewesen - Ulbricht war viel zu gut vernetzt, Stalin und dessen Getreue hielten die Hände über ihn. Aber daß seine Position nicht umstritten war, war Kennzeichen seiner ganzen Karriere.«

(198) »Im August 1946 überreicht Walter Ulbricht der sowjetischen Regierung den ersten Entwurf einer „Verfassung der demokratischen deutschen Republik“.« In einem Zusatzentwurf wird gegenüber den Genossen in Moskau für die „**Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsregierung**“ geworben, die sich zurückhaltend zeigen. Gegen eine gesamtdeutsche Verfassung hatten sie nichts, weil auch die West-Alliierten eine solche in Auftrag gegeben hätten. Daher drücken die Russen aufs Tempo. Darin wird eine zentrale Wirtschaftsplanung erwogen. Gegen Föderalismus als dem Hauptunterschied zum westlichen Verfassungsentwurf. Ulbrichts Gegenentwurf: Abrechnung mit dem Faschismus, Enteignung der Kriegsverbrecher, einheitliche Wirtschaftsplanung. Verfassungsfragen seien „**Machtfragen**“ (zit. Ulbricht II, 793, Fn. 198). Kowalcuk: zweifellos sei zu berücksichtigen, (199) daß »**Stalin nicht mit einem Plan nach Deutschland kam, welche Zukunft das Land | nach der Demilitarisierung, der Denazifizierung und dem Abschluß der Demontagen und Reparationsleistungen**« hätte haben können. Aber davon auszugehen, daß das in dem »**Hitler-Stalin-Pakt zum Ausdruck gekommene geopolitische Sicherheitsbedürfnis Moskaus durch die Verschiebung der Grenzen nach Westen obsolet geworden sei, ... wäre unangemessen**. Natürlich könnte man einwenden, Stalin habe 1945/47 auf eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur gesetzt, einen Ausgleich mit den Westmächten angestrebt, und ein neutrales Deutschland ihn nichts oder weitaus weniger gekostet und viel mehr eingebracht (Rhein-, Ruhrgebiet)« hätte »als „nur“ die Wismut«. Aber derartige Argumente würden »**nicht nur Moskaus „Sicherheitsbedürfnis“ unterschlagen, sondern, nicht weniger wichtig, jegliche Bezugnahme auf die leninistische Theorie, die eben mehr war als ein Lippenbekenntnis, wie viele glauben. Einmal errungene Macht**

wieder aufgeben, war weder vorgesehen, noch gibt es dafür relevante historische Beispiele in der Kommunismusgeschichte«.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung (= ‚die Forschung‘) zählt nicht zu ihren Aufgaben, den Kommunismus – oder all das, was unter diesem Label auftritt – in einem weltgeschichtlichen Zusammenhang abzuhandeln. ‚Die Forschung‘ kann sich nun mal nicht an den eigenen Haaren aus ihrem bürgerlichen Sumpf ziehen. Dagegen steht in erster Linie die solide fachliche Arbeit der Handwerker und Spezialisten, wodurch das Problem aber nur noch vertieft wird, was sich in Bezug auf den Hitler-Stalin-Pakt besonders deutlich zeigt, weil das **»geopolitische Sicherheitsbedürfnis Moskaus«** nun mal mit der Verunsicherung seiner Nachbarn unmittelbar verknüpft ist (vgl. dagegen: den sog. ‚Finnischen Winterkrieg‘, bei dem sich Stalin eine fette ‚Blamage‘ eingehandelt hatte, deren Nachwirkungen bis auf den heutigen Tag spürbar sind, sollte Putin, um das **»Sicherheitsbedürfnis Moskaus«** zu befriedigen, als nächsten Nachbarn nach Ukraina Finnland überfallen wollen. Die Finnen haben besonders in den letzten Jahren dafür gesorgt, daß sich Moskau für seinen nächsten Coup wohl besser einen anderen Nachbarn aussuchen sollte.) Die UdSSR war eines der perfektesten Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme, die in der Geschichte der Menschheit hervorgebracht wurden. Dessen Perfektionismus, der auf Iwan Grozny, Großfürst von Moskau, (1530-1584) zurückgeht, wurde durch die verfehlte Entwicklung, die die Oktoberrevolution genommen hat, noch vertieft. Wovon der Putinismus heute der trauriger Abklatsch ist!

In Ulbrichts Verfassungsentwurf, der sich gegen jede Form des Föderalismus richtet, seien die Erfahrungen der letzten Jahre aufgearbeitet worden; er enthalte eine Abrechnung mit dem Faschismus und außerdem eine einheitliche Wirtschaftsplanung (Art. 22).

Welche Rolle spielt darin das revolutionäre Subjekt? Wie kann sich ein besetztes und gespaltenes Land ohne einen Friedensvertrag überhaupt auf den Weg zum Kommunismus machen? Und worin hätte dann dessen angebliche gesellschaftliche Vorbildfunktion bestehen sollen? Oder beruhte diese ausschließlich auf dem sich in Deutschland zusammenballenden militärischen Potential? Gemessen daran war der von der SED praktizierte ‚Sozialismus‘ nichts anderes als der reine Bonapartismus – sozusagen dessen auf den Kopf gestellte Weiterentwicklung aus dem Jahr 1871 in Frankreich!

Laut Kowalcuk habe Ulbricht an der Idee eines einheitlichen Deutschland festgehalten, einem Kompromiß zwischen kapitalistischer Realität und sozialistischen Zukunftsvorstellungen, der auf **»einer anders strukturierten Wirtschaft auf der Grundlage staatlicher Vorgaben«** hätte beruhen sollen.

Und wie steht es vor allem mit der Geschichte der Klassenkämpfe, deren Urheber nach Marx das Proletariat sein soll?

Wenn durch eine »**positivistische Interpretation der Quellen**«, worin laut Kowalcuk die nicht weniger wichtige »**Bezugnahme auf die leninistische Theorie, die eben mehr war als nur ein Lippenbekenntnis**«, einfach ignoriert wird und wenn diese Interpretation nicht zugleich von den »**dazugehörigen theoretischen und politischen Überzeugungen**« der handelnden Personen ausgeht, führe das zwangsläufig zu der These, daß »**Stalin es mit einem einheitlichen Deutschland auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage**« ernst gemeint »**habe**«. Es sei jedoch, so Kowalcuk, unangemessen zu behaupten, »**daß das durch den Hitler-Stalin-Pakt zum Ausdruck gekommene geopolitische Sicherheitsbedürfnis Moskaus durch die Verschiebung der Grenzen nach Westen obsolet geworden sei.**«

Vor allem, wenn davon auszugehen ist, daß derartige Sicherheitsbedürfnisse nur durch Grenzverschiebungen befriedigt werden können. (Der Rest ist leninistische Propaganda!) Außer dem Leninismus wäre an die Geschichte der Klassenkämpfe zu erinnern, in der »**Sicherheitsbedürfnisse**« hegemonialer Großmächte ausschließlich im Sicherheitsinteresse der Bourgeoisie liegen! Und was den Leninismus betrifft, war dieser spätestens seit 1934 endgültig zum Lippenbekenntnis der ‚Leninisten‘ geworden, nachdem Stalin deren komplette Fraktion im ZK unter dem Vorwand der Aufklärung des ‚Kirow-Mordes‘ auseinandergejagt und in den GuLag geschickt hatte, sodaß danach vom Leninismus keine Rede mehr sein konnte. Von da an läßt sich in der Stalinschen Politik von einer Rückkehr des Zarentums und von dessen traditionellem „**Sicherheitsbedürfnis**“ sprechen, woraus sich nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den Nationalsozialismus eine entsprechende ‚Sicherheitsarchitektur‘ ergeben soll.

04.03.

Vance und Trump haben Präsident Selenskyj bei seinem Besuch im Weißen Haus wie einen Penner behandelt (...wie siehst Du denn aus...!), der sich aus Versehen dorthin verirrt hat. Und nicht wie den Ersten Befreiungskämpfer der Ukrainischen Nation, die sich in einem anti-hegemonialen Krieg für ihren Fortbestand gegen einen faschistischen Aggressor verteidigen muß! Wer bei dieser Anmache die wahren Penner sind, ist dagegen eindeutig...!

Was zugleich der kaputten Geisteshaltung der führenden Politiker dieser Supermacht und der Abartigkeit ihrer Politik entspricht, die da meinen, sich auf diese Weise der Erpressungsversuche ihres großrussischen Supermacht-Konkurrenten, entziehen zu können, der im vierten Jahr einen revisionistischen (Eroberungs-)krieg à la Hitler gegen den ukrainischen Nachbarstaat führt, während Putins Vizepräsident Mewedjew den Geist der friedlichen Unterwerfung des ‚Westens‘ unter die großrussische Hegemonialmacht beschwört, von dessen Überzeugungskraft er, wie er so daherredet, hundertprozentig überzeugt zu sein scheint...

Trump will Frieden mit Putin, seinem ‚Bruder im Geiste‘, dem er näher zu stehen meint als den ‚links‘ versifften Europäern.

Nie wäre der ‚Kalte Krieg‘ mit Rußland sinnvoller gewesen als jetzt! Trump stellt die Militärhilfe der USA für Ukrajina vorerst ein. Unfaßbar!

Die EU betrachtet sich in den Beziehungen der NATO zu Rußland dagegen unerschütterlich als Verbündete der USA, was Putin ‚nicht mehr so sieht‘. Und Trump?

06.03.

Da die Diskrepanz zwischen den ‚regelbasierten Beziehungen‘ von kapitalistischen Konkurrenten und Trumps Slogan ‚America first‘ von rechten wie linken Putinisten nicht als Problem gesehen wird, muß diese Koalition ein ‚schwarzer Schimmel‘ bleiben, die zwischen Genderismus und Trump-Putinismus politisch nicht eindeutig einzuordnen ist. Trump hat in einer Rolle rückwärts die Rolle der USA als Führungsmacht bei der Verteidigung des ‚Westens‘ gegen die Eurasische Axe (Rußland, China und Iran) aufgekündigt, um sich auf *America* zurückzuziehen. Laut FAZ von heute könnte China dadurch seinerseits dazu ermuntert werden, die **„regelbasierte internationale Ordnung“**, die von Putin und Trump gerade systematisch abgebaut wird, seinerseits aufzugeben.

Die in den letzten Monaten in Deutschland ‚gegen Rechts‘ stattfindenden Demonstrationen waren nicht nur eine willkommenes Geschenk für den Neuen Zaren im Kreml, sondern auch für Trump im Weißen Haus. Was bisher von Rechts bis Links als ‚Antifaschismus‘ verstanden wird, erweist sich, soweit dieser auf den Faschismus in Deutschland reduziert wird, inzwischen als Anachronismus. Der heutige Faschismus ist inzwischen ein russisch-

(US-)amerikanisches Projekt! Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß dieselbe Partei, die die Kampagne „**gegen Rechts**“ maßgeblich mit betreibt, gleichzeitig an einer Koalition beteiligt ist, deren Anti-Putinismus (absurderweise) von strammen Putinisten vertreten wird, wodurch die Regierung faktisch in die Zwickmühle einer Minderheitsregierung geraten ist, die zwischen Putinismus und Anti-Putinismus hin und her flippt, was wiederum Wasser auf die Mühlen der trumputinistischen AfD ist. Die Putinisten in der SPD wird das zu stillen Freudenbekundungen animieren. Wenn in der SR Koalition der Anti-Putinismus von strammen Putinisten vertreten wird, könnten sich die Europäer auch gleich Putin und Medwedjew an den Hals werfen!

08.03.

Lektüren:

Ilko-Sascha Kowalcuk, Walter Ulbricht II. Der kommunistische Diktator (1945-1973):

(200) 30.01.-07.02.1947 Unterredung einer SED-Delegation mit Stalin in Moskau. Die Idee, (201) in der SBZ eine Nationaldemokratische Partei Deutschland (NDP) zu gründen, stammt von Stalin, wird aber auch von Ulbricht vertreten. Daneben stößt Stalins Vorschlag, in den Westzonen eine linke SPD zu installieren, vonseiten der SED auf generelle Ablehnung, weil diese dann auch in der SBZ eine SPD-Gründung hätte akzeptieren müssen. Stalin: wenn die SED nach dem Wegfall der Unterstützung durch die östliche Besatzungsmacht nicht allein klarkommen sollte, dann sei das vor allem ein Ausdruck von Schwäche. Im übrigen sei es Fakt, daß die 4 Besatzungsmächte auch vier verschiedene Deutschlands wollten. Ulrichts Ablehnung des Föderalismus treffe auf Stalins Zustimmung: eine SBZ-Regierung wäre nur dann sinnvoll, »**wenn es zu keiner Einigung mit den Westmächten über eine gesamtdeutsche Zentralregierung komme**«. Die SED beharrt ihrerseits darauf, daß in der SBZ dann auch Gewerkschaften und weitere Massenorganisationen an der Regierung beteiligt werden sollten. Kowalcuk: »**Hier kam die Differenz zu einigen westlichen Demokratieauffassungen zum Tragen.**« Die Einbeziehung der Massenorganisationen in die Regierung, und damit auch in die Gesetzgebung, widersprach aber nicht nur ‚westlichen‘ Staatsauffassungen, sie »**war zugleich die Hintertür, über die die SED ihre Dominanz in den Gremien zu bewahren gedachte. Stalin warf denn auch**

ein, der Föderalismus sei lediglich das letzte Mittel der reaktionären Klassen, um „ihre Privilegien zu bewahren und sich vor dem Sozialismus zu retten“. Er verwies darauf, daß die ehemaligen Nationalsozialisten stärker zu differenzieren seien und die patriotischen, ehrenhaften Elemente zur SED hinübergezogen werden müssen.« Dazu sei in der SBZ, so Stalin, um diese »Elemente« in diese zu integrieren, eine »eigene Partei zu gründen«, auch um sie nicht »den Amerikanern in die Hände zu treiben«. Daraufhin erzeugte Pieck mit seinem Einwand, »die SMAD würde eine solche Partei« wohl erst gar nicht zulassen, bei Stalin schallendes Gelächter. Darüber hinaus war man sich aber auch einig, daß die 1,6 Millionen SED-Mitglieder noch keine Sozialisten wären. »**Da liege noch viel Schulungsarbeit vor allen**«, sowohl bei den Massen als auch der Partei...

Was dem Kommunismus an Überzeugungskraft fehlt, sollte im ‚kommunistischen‘ Religionsunterricht als Canon eingepaukt werden. Dieses Auseinanderfallen von ‚Theorie und Praxis‘ muß als Ausdruck der Diskrepanz zwischen der offiziell verkündeten politischen Propaganda und der gesellschaftlichen Realität offen bleiben: Sozialismus sei laut SED, was sich ‚von uns‘ durchsetzen läßt und nicht, was die Leute meinen der Sozialismus sei.

11.03.

Rußland will in Europa eine Regionalisierung des Weltkriegs erreichen verbunden mit der Drohung, sonst das ganze zu übernehmen. Der Kalte Krieg bleibt in seinem weiteren Verlauf weiterhin im Zweiten Weltkrieg verwurzelt. Vielleicht wollen die USA unter Trump den von Putin im Windschatten der bisherigen Weltkriege begonnenen Krieg gegen Ukraine künftig regionalisieren und in Europa in der Hinterhand bleiben zu können? (FAZ 11.03.2025 AUFRÜSTUNG Noch bleibt Europa von US-Waffensystemen abhängig.)

In den USA gerät die Wissenschaftsfreiheit unter Druck (Streeck). Oder: Der Trumpismus ist nix anderes als die ‚westliche‘ Variante (Abart) des Putinismus. Rein formal hält sich ja auch Putin an die Duma als Abwicklungs-Apparat, verglichen damit wäre der Trumpismus eine neue Variante des McCarthyism = Umstellung auf (Kalter) Kriegs-Wirtschaft? Europa bleibt bei seinem ‚Small is beautiful‘.

Trump ist ein looser!

Als wenn Putin Trumps Verhandlungsmaße nicht bereits im Voraus gekannt hätte... Oder war es eher so, daß beide Seiten der Weltöffentlichkeit eine ‚Friedens‘komödie vorgegaukelt haben?

Eine große Show!?

Rußland lehnt in Ukraine einen Waffenstillstand kategorisch ab.

Trump's Stärke beruht auf der Einschüchterung des schwächsten Bündnispartners, – den er eigentlich unbedingt verteidigen müßte – das aber nicht tut, um alle anderen auch noch einzuschüchtern.

13.03.

Eine große Komödie! Putin lehnt Waffenruhe in Ukraine ab.

(Wer sich auf Putin einläßt, muß auch seinen Dreck schlucken – und soll daran ersticken!

Was Putin in UKR kann und wo Trump Schwächen zeigt. Putins Salamitaktik.

14.03.

FAZ DEUTSCHLANDS NEUE ROLLE Wie geht es weiter mit Europa? Herfried Münkeler (14.03.)

Münkeler verweist auf die (ohne die europäischen Truppensteller stattfindenden) Verhandlungen zwischen Trump-Regierung und Taliban und das in Doha zwischen ihnen geschlossene Abkommen (29.02.2020), das den Rückzug aller ‚westlichen‘ Truppen aus Afghanistan vorsieht. Die Durchführung dieses Abkommens fällt in die Zeit des Wechsels von der Trump- zur Biden-Regierung 2020/2021, an die er den von ihm in Afghanistan verursachten gewaltigen Schlamassel weiterleitet und ihr seine großzügigen Konzessionen an die Islamisten in die Schuhe schieben kann. Sein Zurückweichen vor den Islamisten erklärt Trump zu einem Glanzstück trumpistischer Diplomatie und die Biden-Regierung für unfähig, einen besseren Vertrag aus seinen ‚hervorragenden‘ Verhandlungsergebnissen herausgeholt zu haben. Hier

offenbart sich bereits der ganze Trump, wie die Welt ihn in seiner zweiten Regierungszeit zur Genüge kennenlernen wird (während die Biden-Regierung allerdings so auftritt, als hätten die USA unter ihrer Regierung mit der ganzen Sache eigentlich nichts zu tun gehabt).

Trumps eigentümliche Denkweise, sein abgehobenes Schweben über von ihm nicht beherrschten antagonistischen Widersprüchen hatte er auch bei seiner Inszenierung des lächerlichen Schauspiels eines Zusammentreffens mit Kim Jong Un an der Grenze zwischen der Republik Korea (Südkorea) und Nordkorea am 30.06.2019 bewiesen und pressewirksam herausgestellt. Münkelers maiges Fazit in seinem FAZ-Beitrag zu Trumps ‚diplomatischen Künsten‘: Die Deutschen seien vom amerikanischen Pferd geworfen worden, weil sie sich aufs hohe Roß setzen wollten... Weiter nichts?!

Ich verstehe Herfried Münkelers Politologie so, daß sie dazu beitragen soll, die Mechanismen und Abläufe von Politik und politischer Herrschaft sowie deren Wechselverhältnis zu erklären. Dagegen dient Geschichte den Politologen lediglich als äußerer ‚Rahmen‘ für die von ihnen analysierten politischen Ereignisse. Deren Maßstab sind ‚die‘ Demokratie (ohne nähere Bestimmung ihrer Herkunft und ihres spezifischen Charakters) und die wirtschaftlichen Entwicklungen als Verzögerungs- oder Beschleunigungsfaktoren von Politik.

Die Politologie ist als Schwesternwissenschaft der Soziologie institutionalisierte Geschichtslosigkeit und von daher auch nicht in der Lage, sich jenseits des Agierens von politischen Akteuren und des Wandels der Institutionen auf historische Fakten näher einzulassen. Daraus erklärt sich auch Münkelers Vorliebe für Geopolitik, womit er die transatlantischen Konflikte erklären will. Die Politologie beschränkt sich daher vor allem darauf, ‚wissenschaftliche‘ Handreichungen zu Händen von handelnden Politikern zu liefern und ihnen Vorschläge für den Umgang mit politischen Machtapparaten zu machen.

Ausgehend von Münkelers Bestimmung der Beziehungen Deutschlands zum Trumpismus bleibt aber völlig unerfindlich, warum dieses Deutschland, abgesehen von seiner hohen Bevölkerungszahl und seiner bisherigen ökonomischer Dominanz, nach zwei von ihm (sowohl alleine als auch kollektiv) losgetretenen Weltkriegen heute dazu prädestiniert sein soll, im Widerstand der Europäer gegen die aktuellen Welteroberungsstrategien der Axe (RU, CI, IRN) die Führung zu übernehmen? Abgesehen von seiner nicht vorhandenen Atombewaffnung, hätte gerade dieses Deutschland spätestens seit Putins faschistischer ‚Spezialoperation‘ in Ukraine (24.02.22), stante pede von sich aus *special relations* zu seinem europäischen Nachbarn herstellen müssen! Und dies an erster Stelle wegen der völkerrechtlich labilen Staatlichkeit beider Länder, woraus Deutschland völlig entgegengesetzte Schlußfolgerungen

gezogen hatte: angesichts des systematisch vorbereiteten Widerstands vonseiten der Ukrainer gegen die völkermörderische Aggression des großrussischen Monsters steht der sich wie eine feste Burg über die politischen Tatsachen erhebende deutsche Glaube an den deutsch-freundlichen Charakter Moskowitischer Friedensdemagogie, deren ‚antifaschistischer‘ Moralismus der Welt weiterhin hätte näher gebracht werden sollen..

Dabei existiert zwischen Deutschland und Ukrajina keine tiefer gehende politische Gemeinsamkeit als die letztlich in das Belieben Putins (und Trumps) gestellte Staatlichkeit beider Nationen, die auf ukrainischer und auf deutscher Seite extrem gegensätzliche Antworten hervorgerufen hat: die Antwort der Ukrainer, die bereits Anfang der 30er Jahre Opfer des Stalinschen Völkermords im *Holodomor* (= Tod durch Hunger) geworden waren und die Antwort der Deutschen als faschistische Rassenmörder an den europäischen Juden und als Massenmörder an den vom deutschen Faschismus überfallenen Völkern und Nationen in den 30er und 40er Jahren in Europa. Die einen bereiten sich so gut es geht auf den bevorstehenden Volkskrieg gegen den faschistischen Aggressor vor, die anderen gehen ihm weiterhin liebedienerisch um den Bart. Die angeblich antifaschistisch geläuterten Deutschen hätte aber spätestens seit 2014, seit Putins trickreicher Annexion der völkerrechtlich zu Ukrajina gehörenden Krim und des Donbas, den von Rußland verübten Überfall auf Ukrajina und die Ukrainer als unmittelbar gegen sie selbst gerichtete Kriegshandlung begreifen müssen und gemeinsam mit den ‚westlich‘-demokratischen Europäern – anstelle des moralisch triefenden deutschen ‚Nied-Wieder‘-Gesäusels – die Organisierung des kollektiven Widerstands gegen Putins im Stile Hitlers verübten offenen Völkerrechtsbruch nicht nur als Chance der eigenen antifaschistischen Rehabilitierung, sondern vor allem als Ausgangspunkt der Klärung der auf der Ambiguität völkerrechtlicher Verträge beruhenden deutschen (und ukrainischen) Staatlichkeit und als anti-faschistische Bewährungschance begreifen müssen!

Davon ausgehend lässt sich Münkelers Vorschlag, daß Deutschland die Führung des Widerstands der Europäer gegen den TRUMPUTINISMUS übernehmen soll, zunächst nur als origineller individueller Einfall interpretieren. Vor allem, nachdem die Deutschen sich zu fein dafür gewesen waren, die prekäre Verfaßtheit der deutschen Staatlichkeit von *vornherein* – NATO hin, NATO her – zum politischen Ausgangspunkt ihrer Solidarität mit Ukrajina gegen den faschistischen großrussischen Aggressor zu machen, der sich noch im Budapester Memorandum (1994) als sich die *Russische Föderation* gemeinsam mit den USA und GB dazu verpflichtet hatte, die ukrainische Staatlichkeit weiterhin zu respektieren, wenn Ukrajina die auf ihrem

Territorium gelagerten sowjetischen Atomwaffen an die *Russische Föderation*, als *Rechtsnachfolgerin* der UdSSR, zurückgeben werde. Aber Hustekuchen! Die Anerkennung der politischen Identität der UdSSR bestehend aus einer Summe formell unabhängiger Völkerrechtssubjekte bedeutete ja nicht, daß deren Gliedstaaten auch jeder für sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit der Russischen Föderation als deren Nachfolgestaat *politisch* identisch geblieben war, wovon Merkel in Budapest offenbar ausging – eine politische Fiktion Marke Eigenbau der deutschen Ostpolitik! Moskau wird im Budapester Memorandum zwar als *eines* der Gründungsmitglieder der Russischen Föderation und als *Rechtsnachfolger*, nicht aber als *politischer Nachfolger* der 1989 als Welt-Hegemonialmacht untergegangenen UdSSR bezeichnet, (die jahrzehntelang auch die östliche Hälfte von Nachkriegs-Deutschland besetzt hielt), während ‚die‘ Ukraine seit 1918 als unabhängiger Staat innerhalb der 1922 gegründeten UdSSR gegolten hatte, aber heute, wie vor 1918, von Putin wieder zu einer großrussischen Provinz degradiert werden soll, deren 4 östliche Oblaste nach vier Jahren ‚Ukraine-Krieg‘ schon mal zwangsweise vom großrussischen Empirealismus in die Russische Föderation wieder eingegliedert werden sollen.

Bei den Deutschen, besonders bei den Wählern der rechts- und links-putinistischer Parteien, bei den linken Sozialdemokraten und linken Grünen ist bisher nicht angekommen, daß die UdSSR 1989 zerfallen, Moskau nicht mehr Hauptstadt der UdSSR und Ukraina keine russische Provinz mehr ist. Daher war Merkels Politik für Deutschland *und* Ukraina nicht nur durchweg kontraproduktiv, sie hat vor allem die Illusion beflügelt, Putin wäre nur ein kleines Licht, den man bequem um den Finger wickeln könne und keineswegs ein mit allen Wassern des KGB gewaschener Kader in der Nachfolge Stalins und der konterrevolutionären Sowjetmacht.

Fazit: Heute unterscheidet sich die Gefährdung der deutschen Staatlichkeit im Prinzip nicht grundsätzlich von derjenigen von Ukraina. Nur daß Putin hier noch nicht einmarschiert ist, wofür seine linken und rechten Quislinge aber schon mal gut Wetter machen.

Was in Münkelers Expertise aber vor allem nicht vorkommt, ist: daß die Ukrainer in ihrer prekären Situation und der Erwartung von Putins faschistischem Überfall die richtigen, die Deutschen dagegen die falschen oder überhaupt keine Schlußfolgerungen gezogen hatten. Was grundsätzlich nichts daran ändert, daß die Verteidigung der Staatlichkeit ihrer Nation für *beide* Länder auf der Tagesordnung steht – während Trump für die Europäer im Sinne seines Kumpels in Moskau alles nur noch schwerer macht als es ohnehin die ganze Zeit schon schon ist...

Frage an Herfried Münkeler: wie will er, beschränkt auf die Politologie und ohne Einbeziehung der Geschichte, das alles in Bezug auf die vom Trumputinismus in ihrer Existenz bedrohten europäischen Völker und Nationen rational erklären ?

15.03.

Stanislaw Assejew: *Heller Weg Donezk. Bericht aus einem Foltergefängnis*, Frankfurt 2023.

Die Nazis vernichten die Juden als ‚Rasse‘ physisch. Assejews Folterknechte vernichten die Persönlichkeit eines Gefangenen bis in den subjektiven Kern seiner Person. Aber nicht so weit, daß er für sie nicht noch Heloten-Dienste verrichten könnte. Auch der orientalische Despotismus erkennt Frauen und Gefangene nicht als Person an, die er zu willenlosen Sklaven machen will.

Gegen die Strömung (GdS): predigt den ‚reinen Marxismus(-Leninismus); ‚rein‘ = überhistorisch! Alle Angehörigen der Bourgeoisie sind für ihn gleich und so auch gleich böse... Oder sagen wir statt: der ‚reine‘ der zynische Marxismus (?) und bezeichnen als dessen Produkt den Verlust jeglicher revolutionäreren Subjektivität! (Irgendwie Nietzsche!) »**Nicht Trump ist das Problem, sondern der Imperialismus und das kapitalistische System ... Wir wollen keinen Krieg mit Rußland!**« Aber Rußland einen Krieg mit ‚uns‘...! (Aber vielleicht nicht mit Euch...? Aber das hängt von Euch ab!)

17.03.

Trumps Attacke auf den Außenposten der Axe in Jemen war die erste sinnvolle gegen die Axenmächte gerichtete Aktion des ‚Westens‘, wenn aber wahrscheinlich eine Eintagsfliege, die nicht in das bisherige Gesamtbild des Trumpismus paßt.

19.03.

Die ‚Moral‘ von Assejews Buch (15.03.) – das ich zur Hälfte gelesen habe – könnte darin bestehen, daß der in dieser ‚Horrorgeschichte‘ von den Folterern vertretene Schuld-Begriff ein völlig anderer als derjenige im ‚Westen‘ ist. Die Schuld des Angehörigen eines Axen-Staates, dem jemand als angeblicher ‚Täter‘ in die Hände fällt, besteht *a priori* darin, daß nicht *er* der Staat *ist*, sondern die Instanz, die über seine Schuld urteilt: also die herrschenden Machtorgane. Dazu ist das bürgerliche Recht des ‚Westens‘, weil es nach der

Schuld (die bewiesen werden muß) und nicht primär nach einem Schuldigen sucht, nicht geschaffen und in der Lage. Der ‚Täter‘ in Assejews Buch bleibt dagegen solange schuldig, wie er nicht bewiesen hat, daß er einer ‚von uns‘ und damit Teil des ihn anklagenden Staates ist, der entscheidet, was zwecks Verringerung der Schuld des Schuldigen zu tun ist. Gelingt ihm gegenüber dem Staat die Entlastung von seiner Schuld nicht, gilt er bis zum persönlichen Beweis des Gegenteils als verdächtig und als potentieller Wiederholungstäter. In der ‚westlichen‘ Demokratie existiert keine Schuld a priori, ausgenommen auf dem Gebiet der Religion, die aus diesem Grund (wenn auch häufig nicht mit der erforderlichen Konsequenz) strikt vom Staat getrennt werden muß. Die bei Assejew beschriebenen Kafkaesken Schuldverhältnisse ließen sich, ohne auf die ‚westliche‘ Demokratie zurückgreifen zu müssen, rein theoretisch durch die Hinwendung auf die kommunistischen Produktionsformen vermeiden, die nach Marx ursprünglich noch in der *commune rurale*, der ländlichen Kommune in Rußland, existiert haben, die bis zu ihrer Vernichtung durch die Sowjetmacht auf die Einführung der ‚westlichen‘ Demokratie verzichten konnten, ohne zwangsläufig zu orientalisch-despotischen Verhältnissen führen zu müssen.

20.03.

2 + 4 und atomare Bewaffnung

In dem in Richtung Westen exportierten Ulbrichtschen Kommunismus ist allein schon der Gedanke an eine aktive Landesverteidigung ein Sakrileg. Könnte es daher nicht sein, daß die Merkel-Scholz-Regierung die Schuldenbremse auch deshalb eingeführt hat, um die jetzt von der Schwarz-Roten Regierung beschlossene Aufrüstung gegen die russische Bedrohung des ‚westlichen‘ Europas mit dem Argument der hohen Staatsverschuldung im Sinne Putins zu blockieren? Und könnte es dann nicht auch so gewesen sein, daß die Umweltschutz-Milliarden immer weiter aufgebläht wurden, um zusätzliche Ausgaben für die Landesverteidigung gegen die Bedrohung des ‚Westens‘ abzuwürgen?

Eine solche Politik reimt sich auch gut auf: ‚Ablenkungsmanöver‘ zwecks Torpedierung von Bestrebungen, die gegen Putin und die Axenmächte gerichtet ist! In dieser Hinsicht haben Rot-Rot-Grün bisher ganze Arbeit geleistet: Schuldenbremse = Finanz- + Umweltpolitik + ökologischer Staatssozialismus, der sich vom chinesischen Sozialismus vielleicht nur durch die terroristische Diktatur des angeblichen ‚Proletariats‘ in der VRCh vom Grünen

Öko-und Gender-Terror unterscheidet! Was außerdem zeigt, daß die Zeiten für den halbseidenen Sozialismus der ‚westlichen Linken‘ vorbei sind.

22.03.

FAZ TOM ENDERS IM GESPRÄCH „Niemand braucht eine F-35“ (16.01.)

Der gewesene Airbus-Chef Tom Enders zieht in diesem Interview nach mehr als 20 Jahren friedensbewegter deutscher Ostpolitik und nachdem die Trump-Regierung ‚den Europäern‘ den Stinkefinger gezeigt hat, in puncto Verteidigungsfähigkeit des ‚westlichen‘ Europa 5 Minuten vor 12 die Notbremse.

Das große Geschenk, als welches sich der 2 + 4-Vertrag für die Deutschen im ersten Anflug dankbarer Bescheidenheit darstellte, ist immer mehr zum Danaergeschenk geworden. Ein pensionierter Manager muß ihnen den Volkskrieg à la Clausewitz erklären und empfehlen, von den Ukrainern Bau und Einsatz von Drohnen zu erlernen, der von den friedensbewegten Parteien zur Freude Putins jahrelang zu Teufelswerk erklärt worden war.

Aber warum fällt der deutschen Bourgeoisie das alles erst jetzt ein, da sie erfahren muß, daß für Trump zwischen Konkurrenz und Feindschaft kein prinzipieller Unterschied mehr besteht, er andererseits aber erklärte Feinde des ‚Westens‘ wie übliche Konkurrenten behandelt, mit denen sich ebenso gut ein ‚Deal‘ abschließen lasse ...und alles ist in Butter? Wie ist das zu verstehen? Vielleicht als Konzept einer bisher im ‚westlichen‘ Bündnis nicht durchsetzbaren Strategie? Noch ist nicht alles Porzellan zerschlagen, noch nur die Teller, die ohnehin schon einen Knacks hatten...

Seit der Annexion der Krim war an Putins Entschlossenheit, sich in Zukunft im Stil Hitlers über das Völkerrecht hinwegzusetzen, kaum noch zu zweifeln. Bemerkenswert die Realitätsverweigerung der friedensbewegten Parteien im Deutschen Bundestag. – Entweder kann sich Merz aus dem Merkel-Scholz-Sumpf herauswinden oder er wird darin untergehen. Tenor der FAZ: wenn wir europäisch aufrüsten, ist auch die alte Abschreckungspolitik wiederherstellbar: keiner will einen Atomkrieg, Kim Jong Un vielleicht ausgenommen.

Die veränderte Einschätzung der Bedeutung der Drohnen als kriegsentscheidende Waffe kommt in Deutschland fast schon zu spät. Viel zu lange wurde den friedensbewegten Sirenengesängen gelauscht und nichts gegen die Torpedierung künftiger Drohneneinsätze getan. 2020 waren im Krieg Azerbijans gegen Armenien zum ersten Mal Drohnen kriegsent-

scheidend gegen armenische Panzer eingesetzt worden. Beide Länder grenzen an den Drohnenhersteller Iran. Noch Fragen? Seit dem ‚Armenienkrieg‘ war die kriegsentscheidende Bedeutung der Drohnen nicht mehr zu leugnen. Das werden die Putinisten von der Linken, den linken Grünen und der linke SPD entsprechend realisiert und ihren Druck gegen die Verwendung von Drohnen als Waffe verstärkt haben, sodaß die Bundeswehr einen großen Bogen um diese ‚Panzerfaust des 21. Jahrhunderts‘ hätte machen sollen!

Enders: »„Wenn wir die NATO-Ostflanke schützen wollen, dann geht das am besten, schnellsten und kostengünstigsten mit einer Art Drohnenwall. Mit Panzern und Truppenstärke allein werden wir Putin dort jedenfalls nicht Paroli bieten können“, meint Enders. Heute sei die Bundeswehr auf dem Gebiet der modernen Kampfdrohnen praktisch blank. „Nicht zuletzt hat die SPD Kampfdrohnen über Jahre mit einer völlig abwegigen, sogenannten ethischen Debatte verhindert“, kritisiert Enders. „Diese Vernetzung von Künstlicher Intelligenz, von Sensorik, von Cyberfähigkeiten, von elektronischer Kampf- und Gegenkampfführung mit der Satellitenkommunikation und Satellitenaufklärung, das ist das, wo Geld hineingesteckt werden muß, um technologisch überlegen zu sein“, sagt er. [...] „Die Bundeswehr ist in den letzten 30 Jahren bürokratisiert und weitgehend kriegsuntüchtig gemacht worden“, moniert Enders und attestiert ihr „eine aufgeblähte Generalkaste, die über die Pfründe wacht, wenig Reformeifer zeigt und mindestens halbiert werden sollte“.«

Honi soit qui mal y pense...!

1. ist die NVA mit der BuWe fusioniert worden, damit die NVA-Angehörigen bis zur Pensionsgrenze dort ihre Zeit absitzen und da weitermachen, worin die meisten aus der Kaste der höheren Militärs 1990 abrupt unterbrochen worden waren: Rußland zu dienen.

2. hat die Merkelsche Ost-Politik offenbar in der Annahme bestanden, mit den gegenüber Putins Expansionismus vorgeführten Totstellreflexen ließe sich auch 2014 noch verhindern, was danach dann auch unvermeidlich eingetreten ist.

3. Wenn die schwarz-rote Regierung hier nicht schließlich die Kurve kriegt, gehen in diesem ‚westlichen‘ Frontstaat die Lichter aus und wer noch kann, sollte das Weite suchen.

4. gibt es nichts ‚Frieden-schaffen‘-deres als Drohnen!

30.03.

In ihrem Krieg gegen Israel hat die Hamas außer der Ermordung von möglichst vielen Juden, (worin sich für militante Moslems ihr Befreiungskampf erschöpft, sodaß sie sich nicht zu wundern brauchen, daß die Zahl der Israelis zunimmt, die umgekehrt der gleichen Ansicht sind), auch eine große Anzahl israelischer Geiseln genommen, deren Austausch sie für ihren undefinierbaren ‚Befreiungskampf‘ nutzbar machen wollen.

In der Stalinschen Sowjetunion war das Geiseln-Nehmen Bestandteil des politischen Terrors, womit der ‚kommunistische‘ Staat seine absolute Herrschaft aufrecht und die Folter am Leben erhielt. Die Folter ist somit Teil großrussischer Staatsraison, woraufhin sich die Frage nach dem politischen Charakter eines Staates, der diese Waffe verwendet, unmittelbar stellt. Staatliche Folter ist immer politisch und damit auch die Frage nach ihrer politischen Bedeutung.

Die Mutter der Folter sind die absurden Verhöre der GPU gewesen, die seit Anfang der dreißiger Jahre gegen Stalins Gegner (oder wer für einen solchen gehalten wurde), als Instrument des politischen Terrors eingeführt wurde. Der Kern des politischen Staatsterrorismus bestand in der permanenten Furcht vor staatlichem Kontrollverlust. Diesen zu verhindern, dafür geht jeder Staat *on the edge!*

Der Existenzialismus war auf dem Höhepunkt des ‚Stalinismus‘ die (unpolitische) Antwort der Philosophie auf die in den ‚Westen‘ durchsickernden Erkenntnisse über die ‚stalinistischen‘ Folterungen als Ermittlungsmethode bei der Vernichtung des ‚politischen Feindes‘ – eine zusätzliche historische Sackgasse, die zu dem auf primitive Weise mißverstandenen *dialetischen und historischen Materialismus* geführt hat und als solcher gehegt und gepflegt wurde.

Daraus erklärt sich auch der Ausbruch der ‚Studentenbewegung‘ und der Sprung ins Politische, der von der Stasi reguliert wurde. Aber ohne das Politische gibt es auch keinen Ausweg aus der Sackgasse der Folter an politischen Gefangenen. Wer in die Fänge des KGB geriet, war ein politischer Gefangener – ob er wollte oder nicht! (Wenn man so will, die genaue Umkehrung der Debatte in der ‚antiimperialistischen Bewegung‘ der 70er Jahre über den Unterschied zwischen ‚politischen‘ und ‚sozialen‘ Gefangenen.)

Die Stasi hat diesen Unterschied vermieden, allein schon, um die Reihen des Feindes in Verwirrung zu versetzen. Das System der StaSi *ist* die absolute Herrschaft über den Datenbestand. SED und Stasi haben ihre gegen den Imperialismus gerichteten Rachegefühle vor allem an den eigenen Genossen ausgelassen, während sie gleichzeitig mit ‚dem Feind‘ paktierten. Wenn die Gefolterten nicht ‚gestehen‘, können sie weder ihr Leben noch ihre Gesundheit, sondern allein ihre Identität als Teil ihrer Würde retten; (für den Bourgeois ist es die Würde, für den Proletarier seine Identität!)

Ist der ‚Marxismus‘ die intrinsische Wahrheit auf den ‚Stalinismus‘? Stalin ist ist nicht alles, aber alles ist ohne Stalin nicht ... zu erklären!